

1984

Ausgegeben zu Bonn am 20. Juli 1984

Nr. 24

Tag	Inhalt	Seite
17. 7. 84	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 19. September 1979 über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume <small>neu: 791-3</small>	618
17. 7. 84	Gesetz zu dem Abkommen vom 27. Januar 1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Paraguay zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Einkünfte aus dem Betrieb internationaler Luftverkehrsdienste	644
29. 5. 84	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen	647
14. 6. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums	653
14. 6. 84	Bekanntmachung zu dem Welturheberrechtsabkommen	653
15. 6. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum	654
22. 6. 84	Bekanntmachung zu der Akte vom 28. Mai 1979 über die Bedingungen des Beitritts Griechenlands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft und die Anpassung der Verträge	654
25. 6. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrages über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper	655
27. 6. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Patentrechtsabkommens	655
28. 6. 84	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) über die Gestellung von Beigeordneten Sachverständigen	656
2. 7. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	658
3. 7. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen	659
3. 7. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	660
4. 7. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung	661
5. 7. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	662
5. 7. 84	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen	663
6. 7. 84	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-französischen Abkommens über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Sasbach und Marckolsheim	664

**Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 19. September 1979
über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere
und ihrer natürlichen Lebensräume**

Vom 17. Juli 1984

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bern am 19. September 1979 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, Änderungen der Anhänge I bis IV des Übereinkommens nach dessen Artikel 17, die sich im Rahmen der Ziele des Übereinkommens halten, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Es ist verboten, in Gebieten, die keiner Staatshoheit unterliegen, insbesondere von einem Schiff oder Luftfahrzeug aus, das berechtigt ist, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen, Pflanzen der im Anhang I des Übereinkommens oder Tiere der im Anhang II des Übereinkommens aufgeführten Arten der Natur zu entnehmen.

(2) Das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft kann auf Antrag Ausnahmen von den Verboten nach Absatz 1

1. zum Schutz der Pflanzen- und Tierarten,
2. zur Verhütung ernster Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischgründen, Gewässern und anderem Eigentum,
3. im Interesse der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, der Sicherheit der Luftfahrt oder anderer vorrangiger öffentlicher Belange,

4. für Zwecke der Forschung und Erziehung, der Bestandsauffrischung, der Wiederansiedlung und der Aufzucht oder

5. um unter streng überwachten Bedingungen selektiv und in begrenztem Umfang das Fangen, das Halten oder eine andere vernünftige Nutzung bestimmter wildlebender Tiere und Pflanzen in geringen Mengen zu gestatten,

zulassen. Die Ausnahmen dürfen nur zugelassen werden, wenn es keine andere befriedigende Lösung gibt und sie dem Bestand der betreffenden Population nicht schaden.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes bedeutet „der Natur entnehmen“:

- a) Pflanzen pflücken, sammeln, abschneiden, ausgraben oder ausreißen,
- b) Tiere fangen, halten, töten oder beunruhigen, deren Brut- oder Raststätten beschädigen oder zerstören oder deren Eier zerstören oder aus der Natur entfernen oder diese Eier besitzen, auch wenn sie leer sind.

Artikel 4

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Artikel 3 Abs. 1 in Gebieten, die keiner Staatshoheit unterliegen, Pflanzen der im Anhang I des Übereinkommens oder Tiere der im Anhang II des Übereinkommens aufgeführten Arten der Natur entnimmt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Pflanzen oder Tiere, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, oder Gegenstände, die zu ihrer Befehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind, können eingezogen werden. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.

(4) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 19 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 17. Juli 1984

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Ignaz Kiechle

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Übereinkommen
über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere
und ihrer natürlichen Lebensräume**

**Convention
on the Conservation of European Wildlife
and Natural Habitats**

**Convention
relative à la conservation de la vie sauvage
et du milieu naturel de l'Europe**

(Übersetzung)

Preamble

The member States of the Council of Europe and the other signatories hereto,

Considering that the aim of the Council of Europe is to achieve a greater unity between its members;

Considering the wish of the Council of Europe to co-operate with other States in the field of nature conservation;

Recognising that wild flora and fauna constitute a natural heritage of aesthetic, scientific, cultural, recreational, economic and intrinsic value that needs to be preserved and handed on to future generations;

Recognising the essential role played by wild flora and fauna in maintaining biological balances;

Noting that numerous species of wild flora and fauna are being seriously depleted and that some of them are threatened with extinction;

Aware that the conservation of natural habitats is a vital component of the protection and conservation of wild flora and fauna;

Recognising that the conservation of wild flora and fauna should be taken into consideration by the governments in their national goals and programmes, and that international co-operation should be established to protect migratory species in particular;

Préambule

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les autres signataires de la présente Convention,

Considérant que le but du Conseil de l'Europe est de réaliser une union plus étroite entre ses membres;

Considérant la volonté du Conseil de l'Europe de coopérer avec d'autres Etats dans le domaine de la conservation de la nature;

Reconnaissant que la flore et la faune sauvages constituent un patrimoine naturel d'une valeur esthétique, scientifique, culturelle, récréative, économique et intrinsèque, qu'il importe de préserver et de transmettre aux générations futures;

Reconnaissant le rôle essentiel de la flore et de la faune sauvages dans le maintien des équilibres biologiques;

Constatant la raréfaction de nombreuses espèces de la flore et de la faune sauvages et la menace d'extinction qui pèse sur certaines d'entre elles;

Conscients de ce que la conservation des habitats naturels est l'un des éléments essentiels de la protection et de la préservation de la flore et de la faune sauvages;

Reconnaissant que la conservation de la flore et de la faune sauvages devrait être prise en considération par les gouvernements dans leurs objectifs et programmes nationaux, et qu'une coopération internationale devrait s'instaurer pour préserver en particulier les espèces migratrices;

Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Unterzeichner dieses Übereinkommens –

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen;

in Anbetracht des Wunsches des Europarats, auf dem Gebiet des Naturschutzes mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten;

in der Erkenntnis, daß wildlebende Pflanzen und Tiere ein Naturerbe von ästhetischem, wissenschaftlichem, kulturellem, erholungsbezogenem, wirtschaftlichem und ideellem Wert darstellen, das erhalten und an künftige Generationen weitergegeben werden muß;

in Anerkennung der wesentlichen Rolle, die wildlebende Pflanzen und Tiere bei der Erhaltung biologischer Gleichgewichte spielen;

in Anbetracht dessen, daß sich der Bestand vieler Arten wildlebender Pflanzen und Tiere erheblich verringert und daß einige Arten vom Aussterben bedroht sind;

in dem Bewußtsein, daß die Erhaltung natürlicher Lebensräume ein lebenswichtiges Element des Schutzes und der Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere darstellt;

in der Erkenntnis, daß die Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere von den Regierungen bei der Festlegung ihrer nationalen Ziele und Programme berücksichtigt und eine internationale Zusammenarbeit zum Schutz insbesondere der wandernden Arten herbeigeführt werden sollte;

Bearing in mind the widespread requests for common action made by governments or by international bodies, in particular the requests expressed by the United Nations Conference on the Human Environment 1972 and the Consultative Assembly of the Council of Europe;

Desiring particularly to follow, in the field of wildlife conservation, the recommendations of Resolution No. 2 of the Second European Ministerial Conference on the Environment,

Have agreed as follows:

Chapter I

General provisions

Article 1

1. The aims of this Convention are to conserve wild flora and fauna and their natural habitats, especially those species and habitats whose conservation requires the co-operation of several States, and to promote such co-operation.

2. Particular emphasis is given to endangered and vulnerable species, including endangered and vulnerable migratory species.

Article 2

The Contracting Parties shall take requisite measures to maintain the population of wild flora and fauna at, or adapt it to, a level which corresponds in particular to ecological, scientific and cultural requirements, while taking account of economic and recreational requirements and the needs of sub-species, varieties or forms at risk locally.

Article 3

1. Each Contracting Party shall take steps to promote national policies for the conservation of wild flora, wild fauna and natural habitats, with particular attention to endangered and vulnerable species, especially endemic ones, and endangered habitats, in accordance with the provisions of this Convention.

2. Each Contracting Party undertakes, in its planning and development policies and in its measures against pollution, to have regard to the conservation of wild flora and fauna.

3. Each Contracting Party shall promote education and disseminate general information on the need to conserve species of wild flora and fauna and their habitats.

Conscients des nombreuses demandes d'action commune émanant des gouvernements ou des instances internationales, notamment celles exprimées par la Conférence des Nations Unies sur l'environnement, de 1972, et l'Assemblée Consultative du Conseil de l'Europe;

Désireux en particulier de suivre, dans le domaine de la conservation de la vie sauvage, les recommandations de la Résolution n° 2 de la deuxième Conférence ministérielle européenne sur l'environnement,

Sont convenus de ce qui suit:

Chapitre I

Dispositions générales

Article 1

1. La présente Convention a pour objet d'assurer la conservation de la flore et de la faune sauvages et de leurs habitats naturels, notamment des espèces et des habitats dont la conservation nécessite la coopération de plusieurs Etats, et de promouvoir une telle coopération.

2. Une attention particulière est accordée aux espèces, y compris les espèces migratrices, menacées d'extinction et vulnérables.

Article 2

Les Parties contractantes prennent les mesures nécessaires pour maintenir ou adapter la population de la flore et de la faune sauvages à un niveau qui correspond notamment aux exigences écologiques, scientifiques et culturelles, tout en tenant compte des exigences économiques et récréationnelles et des besoins des sous-espèces, variétés ou formes menacées sur le plan local.

Article 3

1. Chaque Partie contractante prend les mesures nécessaires pour que soient mises en œuvre des politiques nationales de conservation de la flore et de la faune sauvages et des habitats naturels, en accordant une attention particulière aux espèces menacées d'extinction et vulnérables, surtout aux espèces endémiques, et aux habitats menacés, conformément aux dispositions de la présente Convention.

2. Chaque Partie contractante s'engage, dans sa politique d'aménagement et de développement et dans ses mesures de lutte contre la pollution, à prendre en considération la conservation de la flore et de la faune sauvages.

3. Chaque Partie contractante encourage l'éducation et la diffusion d'informations générales concernant la nécessité de conserver des espèces de la flore et de la faune sauvages ainsi que leurs habitats.

eingedenk dessen, daß Regierungen oder internationale Gremien, vor allem die Konferenz der Vereinten Nationen von 1972 über die Umwelt des Menschen und die Beratende Versammlung des Europarats, in zahlreichen Forderungen ein gemeinsames Vorgehen verlangt haben;

insbesondere in dem Wunsch, im Bereich der Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere die in der Entschließung Nr. 2 der Zweiten Europäischen Ministerkonferenz über die Umwelt ausgesprochenen Empfehlungen zu befolgen –

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Ziel dieses Übereinkommens ist es, wildlebende Pflanzen und Tiere sowie ihre natürlichen Lebensräume, insbesondere die Arten und Lebensräume, deren Erhaltung die Zusammenarbeit mehrerer Staaten erfordert, zu erhalten und eine solche Zusammenarbeit zu fördern.

(2) Besondere Aufmerksamkeit gilt den gefährdeten und den empfindlichen Arten einschließlich der gefährdeten und der empfindlichen wandernden Arten.

Artikel 2

Die Vertragsparteien ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um die Population der wildlebenden Pflanzen und Tiere auf einem Stand zu erhalten oder auf einen Stand zu bringen, der insbesondere den ökologischen, wissenschaftlichen und kulturellen Erfordernissen entspricht, wobei den wirtschaftlichen und erholungsbezogenen Erfordernissen und den Bedürfnissen von örtlich bedrohten Unterarten, Varietäten oder Formen Rechnung getragen wird.

Artikel 3

(1) Im Einklang mit diesem Übereinkommen unternimmt jede Vertragspartei die notwendigen Schritte, um die nationale Politik zur Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere sowie ihrer natürlichen Lebensräume zu fördern, wobei den gefährdeten und den empfindlichen Arten, vor allem den endemischen Arten, sowie den gefährdeten Lebensräumen besondere Aufmerksamkeit zugewendet wird.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, bei ihrer Planungs- und Entwicklungspolitik sowie bei ihren Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung die Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere zu berücksichtigen.

(3) Jede Vertragspartei fördert die Erziehung und die Verbreitung allgemeiner Informationen in bezug auf die Notwendigkeit, wildlebende Pflanzen und Tierarten sowie ihre Lebensräume zu erhalten.

Chapter II
Protection of habitats

Article 4

1. Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the conservation of the habitats of the wild flora and fauna species, especially those specified in the Appendices I and II, and the conservation of endangered natural habitats.

2. The Contracting Parties in their planning and development policies shall have regard to the conservation requirements of the areas protected under the preceding paragraph, so as to avoid or minimise as far as possible any deterioration of such areas.

3. The Contracting Parties undertake to give special attention to the protection of areas that are of importance for the migratory species specified in Appendices II and III and which are appropriately situated in relation to migration routes, as wintering, staging, feeding, breeding or moulting areas.

4. The Contracting Parties undertake to co-ordinate as appropriate their efforts for the protection of the natural habitats referred to in this Article when these are situated in frontier areas.

Chapter III
Protection of species

Article 5

Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the special protection of the wild flora species specified in Appendix I. Deliberate picking, collecting, cutting or uprooting of such plants shall be prohibited. Each Contracting Party shall, as appropriate, prohibit the possession or sale of these species.

Article 6

Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the special protection of the wild fauna species specified in Appendix II. The following will in particular be prohibited for these species:

- a. all forms of deliberate capture and keeping and deliberate killing;
- b. the deliberate damage to or destruction of breeding or resting sites;

Chapitre II
Protection des habitats

Article 4

1. Chaque Partie contractante prend les mesures législatives et réglementaires appropriées et nécessaires pour protéger les habitats des espèces sauvages de la flore et de la faune, en particulier de celles énumérées dans les annexes I et II, et pour sauvegarder les habitats naturels menacés de disparition.

2. Les Parties contractantes tiennent compte, dans leurs politiques d'aménagement et de développement, des besoins de la conservation des zones protégées visées au paragraphe précédent, afin d'éviter ou de réduire le plus possible toute détérioration de telles zones.

3. Les Parties contractantes s'engagent à accorder une attention particulière à la protection des zones qui ont une importance pour les espèces migratrices énumérées dans les annexes II et III et qui sont situées de manière adéquate par rapport aux voies de migration, comme aires d'hivernage, de rassemblement, d'alimentation, de reproduction ou de mue.

4. Les Parties contractantes s'engagent à coordonner autant que de besoin leurs efforts pour protéger les habitats naturels visés au présent article lorsqu'ils sont situés dans des régions qui s'étendent de part et d'autre de frontières.

Chapitre III
Conservation des espèces

Article 5

Chaque Partie contractante prend les mesures législatives et réglementaires appropriées et nécessaires pour assurer la conservation particulière des espèces de flore sauvage énumérées dans l'annexe I. Seront interdits la cueillette, le ramassage, la coupe, ou le déracinage intentionnels des plantes visées. Chaque Partie contractante interdit, autant que de besoin, la détention ou la commercialisation de ces espèces.

Article 6

Chaque Partie contractante prend les mesures législatives et réglementaires appropriées et nécessaires pour assurer la conservation particulière des espèces de faune sauvage énumérées dans l'annexe II. Seront notamment interdits, pour ces espèces:

- a. toutes formes de capture intentionnelle, de détention et de mise à mort intentionnelle;
- b. la détérioration ou la destruction intentionnelles des sites de reproduction ou des aires de repos;

Kapitel II
Schutz von Lebensräumen

Artikel 4

(1) Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um die Erhaltung der Lebensräume wildlebender Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der in den Anhängen I und II genannten Arten, sowie die Erhaltung gefährdeter natürlicher Lebensräume sicherzustellen.

(2) Die Vertragsparteien berücksichtigen bei ihrer Planungs- und Entwicklungspolitik die Erfordernisse der Erhaltung der nach Absatz 1 geschützten Gebiete, um jede Beeinträchtigung dieser Gebiete zu vermeiden oder so gering wie möglich zu halten.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, besondere Aufmerksamkeit dem Schutz derjenigen Gebiete zuzuwenden, die für die in den Anhängen II und III aufgeführten wandernden Arten von Bedeutung sind und die als Überwinterungs-, Sammel-, Futter-, Brut- oder Mauserplätze im Verhältnis zu den Wanderrouten günstig gelegen sind.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, ihre Bemühungen um den Schutz der in diesem Artikel bezeichneten natürlichen Lebensräume, wenn diese in Grenzgebieten liegen, soweit erforderlich zu koordinieren.

Kapitel III
Artenschutz

Artikel 5

Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um den besonderen Schutz der in Anhang I aufgeführten wildlebenden Pflanzenarten sicherzustellen. Es ist zu verbieten, diese Pflanzen absichtlich zu pflücken, zu sammeln, abzuschneiden, auszugraben oder auszureißen. Jede Vertragspartei verbietet soweit erforderlich den Besitz oder den Verkauf dieser Arten.

Artikel 6

Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um den besonderen Schutz der in Anhang II aufgeführten wildlebenden Tierarten sicherzustellen. In bezug auf diese Arten ist insbesondere zu verbieten

- a) jede Form des absichtlichen Fangens, des Haltens und des absichtlichen Tötens;
- b) das mutwillige Beschädigen oder Zerstören von Brut- oder Raststätten;

- | | | |
|--|--|---|
| <p>c. the deliberate disturbance of wild fauna, particularly during the period of breeding, rearing and hibernation, insofar as disturbance would be significant in relation to the objectives of this Convention;</p> | <p>c. la perturbation intentionnelle de la faune sauvage, notamment durant la période de reproduction, de dépendance et d'hibernation, pour autant que la perturbation ait un effet significatif eu égard aux objectifs de la présente Convention;</p> | <p>c) das mutwillige Beunruhigen wildlebender Tiere, vor allem während der Zeit des Brütens, der Aufzucht der Jungen und des Überwinterns, soweit dieses Beunruhigen in bezug auf die Ziele dieses Übereinkommens von Bedeutung ist;</p> |
| <p>d. the deliberate destruction or taking of eggs from the wild or keeping these eggs even if empty;</p> | <p>d. la destruction ou le ramassage intentionnels des œufs dans la nature ou leur détention, même vides;</p> | <p>d) das mutwillige Zerstören oder absichtliche Entnehmen von Eiern aus der Natur oder der Besitz dieser Eier, auch wenn sie leer sind;</p> |
| <p>e. the possession of and internal trade in these animals, alive or dead, including stuffed animals and any readily recognisable part or derivative thereof, where this would contribute to the effectiveness of the provisions of this Article.</p> | <p>e. la détention et le commerce interne de ces animaux, vivants ou morts, y compris des animaux naturalisés, et de toute partie ou de tout produit, facilement identifiables, obtenus à partir de l'animal, lorsque cette mesure contribue à l'efficacité des dispositions du présent article.</p> | <p>e) der Besitz von oder der innerstaatliche Handel mit lebenden oder toten Tieren einschließlich ausgestopfter Tiere und ohne weiteres erkennbarer Teile dieser Tiere oder ohne weiteres erkennbarer Erzeugnisse aus diesen Tieren, soweit dies zur Wirksamkeit dieses Artikels beiträgt.</p> |

Article 7

1. Each Contracting Party shall take appropriate and necessary legislative and administrative measures to ensure the protection of the wild fauna species specified in Appendix III.

2. Any exploitation of wild fauna specified in Appendix III shall be regulated in order to keep the populations out of danger, taking into account the requirements of Article 2.

3. Measures to be taken shall include:

- a. closed seasons and/or other procedures regulating the exploitation;
- b. the temporary or local prohibition of exploitation, as appropriate, in order to restore satisfactory population levels;
- c. the regulation as appropriate of sale, keeping for sale, transport for sale or offering for sale of live and dead wild animals.

Article 8

In respect of the capture or killing of wild fauna species specified in Appendix III and in cases where, in accordance with Article 9, exceptions are applied to species specified in Appendix II, Contracting Parties shall prohibit the use of all indiscriminate means of capture and killing and the use of all means capable of causing local disappearance of, or serious disturbance to, populations of a species and, in particular, the means specified in Appendix IV.

Article 9

1. Each Contracting Party may make exceptions from the provisions of Articles

Article 7

1. Chaque Partie contractante prend les mesures législatives et réglementaires appropriées et nécessaires pour protéger les espèces de faune sauvage énumérées dans l'annexe III.

2. Toute exploitation de la faune sauvage énumérée dans l'annexe III est réglementée de manière à maintenir l'existence de ces populations hors de danger, compte tenu des dispositions de l'article 2.

3. Ces mesures comprennent notamment:

- a. l'institution de périodes de fermeture et/ou d'autres mesures réglementaires d'exploitation;
- b. l'interdiction temporaire ou locale de l'exploitation, s'il y a lieu, afin de permettre aux populations existantes de retrouver un niveau satisfaisant;
- c. la réglementation, s'il y a lieu, de la vente, de la détention, du transport ou de l'offre aux fins de vente des animaux sauvages, vivants ou morts.

Article 8

S'agissant de la capture ou de la mise à mort des espèces de faune sauvage énumérées dans l'annexe III, et dans les cas où des dérogations conformes à l'article 9 sont faites en ce qui concerne les espèces énumérées dans l'annexe II, les Parties contractantes interdisent l'utilisation de tous les moyens non sélectifs de capture et de mise à mort et des moyens susceptibles d'entraîner localement la disparition, ou de troubler gravement la tranquillité des populations d'une espèce, en particulier des moyens énumérés dans l'annexe IV.

Article 9

1. A condition qu'il n'existe pas une autre solution satisfaisante et que la

Artikel 7

(1) Jede Vertragspartei ergreift die geeigneten und erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen, um den Schutz der in Anhang III aufgeführten wildlebenden Tierarten sicherzustellen.

(2) Jegliche Nutzung der in Anhang III aufgeführten wildlebenden Tiere wird so geregelt, daß die Populationen in ihrem Bestand nicht gefährdet werden, wobei Artikel 2 Rechnung zu tragen ist.

(3) Diese Maßnahmen umfassen unter anderem

- a) Schonzeiten und/oder andere Verfahren zur Regelung der Nutzung;
- b) gegebenenfalls ein zeitweiliges oder örtlich begrenztes Nutzungsverbot zur Wiederherstellung eines zufriedenstellenden Populationsstandes;
- c) gegebenenfalls die Regelung des Verkaufs lebender und toter wildlebender Tiere, des Haltens solcher Tiere zum Verkauf, des Transports solcher Tiere zu Verkaufszwecken oder des Anbietens solcher Tiere zum Verkauf.

Artikel 8

Im Zusammenhang mit dem Fangen oder Töten der in Anhang III aufgeführten wildlebenden Tierarten und in Fällen, in denen nach Artikel 9 Ausnahmen für die in Anhang II aufgeführten Arten Anwendung finden, verbieten die Vertragsparteien die Verwendung aller zum wahllosen Fangen und Töten geeigneten Mittel sowie aller Mittel, die gebietsweise zum Verschwinden oder zu einer schweren Beunruhigung von Populationen einer Art führen können; dieses Verbot gilt insbesondere für die in Anhang IV aufgeführten Mittel.

Artikel 9

(1) Unter der Voraussetzung, daß es keine andere befriedigende Lösung gibt

4, 5, 6, 7 and from the prohibition of the use of the means mentioned in Article 8 provided that there is no other satisfactory solution and that the exception will not be detrimental to the survival of the population concerned:

- for the protection of flora and fauna;
- to prevent serious damage to crops, livestock, forests, fisheries, water and other forms of property;
- in the interests of public health and safety, air safety or other overriding public interests;
- for the purposes of research and education, of repopulation, of reintroduction and for the necessary breeding;
- to permit, under strictly supervised conditions, on a selective basis and to a limited extent, the taking, keeping or other judicious exploitation of certain wild animals and plants in small numbers.

2. The Contracting Parties shall report every two years to the Standing Committee on the exceptions made under the preceding paragraph. These reports must specify:

- the populations which are or have been subject to the exceptions and, when practical, the number of specimens involved;
- the means authorised for the killing or capture;
- the conditions of risk and the circumstances of time and place under which such exceptions were granted;
- the authority empowered to declare that these conditions have been fulfilled, and to take decisions in respect of the means that may be used, their limits and the persons instructed to carry them out;
- the controls involved.

Chapter IV

Special provisions for migratory species

Article 10

1. The Contracting Parties undertake, in addition to the measures specified in Articles 4, 6, 7 and 8, to co-ordinate their efforts for the protection of the migratory species specified in Appendices II and III whose range extends into their territories.

2. The Contracting Parties shall take measures to seek to ensure that the

dérogation ne nuise pas à la survie de la population concernée, chaque Partie contractante peut déroger aux dispositions des articles 4, 5, 6, 7 et à l'interdiction de l'utilisation des moyens visés à l'article 8:

- dans l'intérêt de la protection de la flore et de la faune;
- pour prévenir des dommages importants aux cultures, au bétail, aux forêts, aux pêcheries, aux eaux et aux autres formes de propriété;
- dans l'intérêt de la santé et de la sécurité publiques, de la sécurité aérienne, ou d'autres intérêts publics prioritaires;
- à des fins de recherche et d'éducation, de repeuplement, de réintroduction ainsi que pour l'élevage;
- pour permettre, dans des conditions strictement contrôlées, sur une base sélective et dans une certaine mesure, la prise, la détention ou toute autre exploitation judicieuse de certains animaux et plantes sauvages en petites quantités.

2. Les Parties contractantes soumettent au Comité permanent un rapport biennal sur les dérogations faites en vertu du paragraphe précédent. Ces rapports devront mentionner:

- les populations qui font l'objet ou ont fait l'objet des dérogations et, si possible, le nombre des spécimens impliqués;
- les moyens de mise à mort ou de capture autorisés;
- les conditions de risque, les circonstances de temps et de lieu dans lesquelles ces dérogations sont intervenues;
- l'autorité habilitée à déclarer que ces conditions ont été réalisées, et habilitée à prendre les décisions relatives aux moyens qui peuvent être mis en œuvre, à leurs limites, et aux personnes chargées de l'exécution;
- les contrôles opérés.

Chapitre IV

Dispositions particulières concernant les espèces migratrices

Article 10

1. En plus des mesures indiquées aux articles 4, 6, 7 et 8, les Parties contractantes s'engagent à coordonner leurs efforts pour la conservation des espèces migratrices énumérées dans les annexes II et III et dont l'aire de répartition s'étend sur leurs territoires.

2. Les Parties contractantes prennent des mesures en vue de s'assurer que les

und die Ausnahme dem Bestand der betreffenden Population nicht schadet, kann jede Vertragspartei Ausnahmen von den Artikeln 4, 5, 6, 7 und vom Verbot der Verwendung der in Artikel 8 bezeichneten Mittel zulassen

- zum Schutz der Pflanzen- und Tierwelt;
- zur Verhütung ernster Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischgründen, Gewässern und anderem Eigentum;
- im Interesse der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, der Sicherheit der Luftfahrt oder anderer vorrangiger öffentlicher Belange;
- für Zwecke der Forschung und Erziehung, der Bestandsauffrischung, der Wiederansiedlung und der Aufzucht;
- um unter streng überwachten Bedingungen selektiv und in begrenztem Umfang das Fangen, das Halten oder eine andere vernünftige Nutzung bestimmter wildlebender Tiere und Pflanzen in geringen Mengen zu gestatten.

(2) Die Vertragsparteien erstatten dem Ständigen Ausschuss alle zwei Jahre über die nach Absatz 1 zugelassenen Ausnahmen Bericht. Diese Berichte müssen enthalten

- die Populationen, die von den Ausnahmen erfaßt wurden oder werden, und, falls möglich, die Anzahl der betroffenen Exemplare;
- die für das Töten oder Fangen zugelassenen Mittel;
- die Art der Risiken und die zeitlichen und örtlichen Umstände, unter denen solche Ausnahmen zugelassen wurden;
- die Behörde, die befugt ist zu erklären, daß die Voraussetzungen für die Ausnahmen erfüllt sind, und die befugt ist, Beschlüsse in bezug auf die zu verwendenden Mittel, ihre Grenzen und die mit der Durchführung beauftragten Personen zu fassen;
- die Kontrollmaßnahmen.

Kapitel IV

Sonderbestimmungen für wandernde Arten

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, zusätzlich zu den in den Artikeln 4, 6, 7 und 8 genannten Maßnahmen ihre Bemühungen um den Schutz der in den Anhängen II und III aufgeführten wandernden Arten, deren Verbreitungsgebiet in ihr Hoheitsgebiet hineinreicht, zu koordinieren.

(2) Die Vertragsparteien ergreifen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die nach

closed seasons and/or other procedures regulating the exploitation established under paragraph 3.a of Article 7 are adequate and appropriately disposed to meet the requirements of the migratory species specified in Appendix III.

périodes de fermeture et/ou d'autres mesures réglementaires d'exploitation instituées en vertu du paragraphe 3.a de l'article 7 correspondent bien aux besoins des espèces migratrices énumérées dans l'annexe III.

Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe a festgelegten Schonzeiten und/oder anderen Verfahren zur Regelung der Nutzung angemessen und so beschaffen sind, daß sie den Bedürfnissen der in Anhang III aufgeführten wandernden Arten gerecht werden.

Chapter V

Supplementary provisions

Article 11

1. In carrying out the provisions of this Convention, the Contracting Parties undertake:

- a. to co-operate whenever appropriate and in particular where this would enhance the effectiveness of measures taken under other articles of this Convention;
- b. to encourage and co-ordinate research related to the purposes of this Convention.

2. Each Contracting Party undertakes:

- a. to encourage the reintroduction of native species of wild flora and fauna when this would contribute to the conservation of an endangered species, provided that a study is first made in the light of the experiences of other Contracting Parties to establish that such reintroduction would be effective and acceptable;
- b. to strictly control the introduction of non-native species.

3. Each Contracting Party shall inform the Standing Committee of the species receiving complete protection on its territory and not included in Appendices I and II.

Article 12

The Contracting Parties may adopt stricter measures for the conservation of wild flora and fauna and their natural habitats than those provided under this Convention.

Chapter VI

Standing Committee

Article 13

1. For the purposes of this Convention, a Standing Committee shall be set up.

2. Any Contracting Party may be represented on the Standing Committee by one or more delegates. Each delegation shall have one vote. Within the areas of its competence, the European Economic Community shall exercise its

Chapitre V

Dispositions complémentaires

Article 11

1. Dans l'exécution des dispositions de la présente Convention, les Parties contractantes s'engagent à:

- a. coopérer chaque fois qu'il sera utile de le faire, notamment lorsque cette coopération pourrait renforcer l'efficacité des mesures prises conformément aux autres articles de la présente Convention;
- b. encourager et coordonner les travaux de recherche en rapport avec les finalités de la présente Convention.

2. Chaque Partie contractante s'engage:

- a. à encourager la réintroduction des espèces indigènes de la flore et de la faune sauvages lorsque cette mesure contribuerait à la conservation d'une espèce menacée d'extinction, à condition de procéder au préalable et au regard des expériences d'autres Parties contractantes, à une étude en vue de rechercher si une telle réintroduction serait efficace et acceptable;
- b. à contrôler strictement l'introduction des espèces non indigènes.

3. Chaque Partie contractante fait connaître au Comité permanent les espèces bénéficiant d'une protection totale sur son territoire et qui ne figurent pas dans les annexes I et II.

Article 12

Les Parties contractantes peuvent adopter pour la conservation de la flore et de la faune sauvages et de leurs habitats naturels des mesures plus rigoureuses que celles prévues dans la présente Convention.

Chapitre VI

Comité permanent

Article 13

1. Il est constitué, aux fins de la présente Convention, un Comité permanent.

2. Toute Partie contractante peut se faire représenter au sein du Comité permanent par un ou plusieurs délégués. Chaque délégation dispose d'une voix. Dans les domaines relevant de ses compétences, la Communauté économique

Kapitel V

Ergänzende Bestimmungen

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Durchführung dieses Übereinkommens

- a) soweit zweckdienlich zusammenzuarbeiten, vor allem wenn dies die Wirksamkeit der auf Grund der übrigen Artikel dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen erhöhen könnte;
- b) die den Zwecken dieses Übereinkommens dienenden Forschungsarbeiten zu fördern und zu koordinieren.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich,

- a) die Wiederansiedlung einheimischer wildlebender Pflanzen- und Tierarten zu fördern, wenn dadurch ein Beitrag zur Erhaltung einer gefährdeten Art geleistet würde, vorausgesetzt, daß zunächst auf der Grundlage der Erfahrungen anderer Vertragsparteien untersucht wird, ob eine solche Wiederansiedlung erfolgreich und vertretbar wäre;
- b) die Ansiedlung nicht heimischer Arten streng zu überwachen und zu begrenzen.

(3) Jede Vertragspartei teilt dem Ständigen Ausschuß die Arten mit, die in ihrem Hoheitsgebiet vollen Schutz genießen und nicht in den Anhängen I und II enthalten sind.

Artikel 12

Die Vertragsparteien können strengere als die nach diesem Übereinkommen vorgesehenen Maßnahmen zur Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere sowie ihrer natürlichen Lebensräume treffen.

Kapitel VI

Ständiger Ausschuß

Artikel 13

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens wird ein Ständiger Ausschuß eingesetzt.

(2) Jede Vertragspartei kann durch einen oder mehrere Delegierte im Ständigen Ausschuß vertreten sein. Jede Delegation hat eine Stimme. In ihrem Zuständigkeitsbereich übt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihr Stimmrecht mit

right to vote with a number of votes equal to the number of its member States which are Contracting Parties to this Convention; the European Economic Community shall not exercise its right to vote in cases where the member States concerned exercise theirs, and conversely.

3. Any member State of the Council of Europe which is not a Contracting Party to the Convention may be represented on the Committee as an observer.

The Standing Committee may, by unanimous decision, invite any non-member State of the Council of Europe which is not a Contracting Party to the Convention to be represented by an observer at one of its meetings.

Any body or agency technically qualified in the protection, conservation or management of wild fauna and flora and their habitats, and belonging to one of the following categories:

- a. international agencies or bodies, either governmental or non-governmental, and national governmental agencies or bodies;
- b. national non-governmental agencies or bodies which have been approved for this purpose by the State in which they are located,

may inform the Secretary General of the Council of Europe, at least three months before the meeting of the Committee, of its wish to be represented at that meeting by observers. They shall be admitted unless, at least one month before the meeting, one-third of the Contracting Parties have informed the Secretary General of their objection.

4. The Standing Committee shall be convened by the Secretary General of the Council of Europe. Its first meeting shall be held within one year of the date of the entry into force of the Convention. It shall subsequently meet at least every two years and whenever a majority of the Contracting Parties so request.

5. A majority of the Contracting Parties shall constitute a quorum for holding a meeting of the Standing Committee.

6. Subject to the provisions of this Convention, the Standing Committee shall draw up its own Rules of Procedure.

Article 14

1. The Standing Committee shall be responsible for following the application of this Convention. It may in particular:

- keep under review the provisions of this Convention, including its Appendices,

européenne exerce son droit de vote avec un nombre de voix égal au nombre de ses Etats membres qui sont Parties contractantes à la présente Convention; la Communauté économique européenne n'exerce pas son droit de vote dans les cas où les Etats membres concernés exercent le leur et réciproquement.

3. Tout Etat membre du Conseil de l'Europe qui n'est pas Partie contractante à la Convention peut se faire représenter au Comité par un observateur.

Le Comité permanent peut, à l'unanimité, inviter tout Etat non membre du Conseil de l'Europe qui n'est pas Partie contractante à la Convention à se faire représenter par un observateur à l'une de ses réunions.

Tout organisme ou toute institution techniquement qualifié dans le domaine de la protection, de la conservation ou de la gestion de la flore et de la faune sauvages et de leurs habitats, et appartenant à l'une des catégories suivantes:

- a. organismes ou institutions internationaux, soit gouvernementaux soit non gouvernementaux, ou organismes ou institutions nationaux gouvernementaux;
- b. organismes ou institutions nationaux non gouvernementaux qui ont été agréés à cette fin par l'Etat dans lequel ils sont établis,

peuvent informer le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, trois mois au moins avant la réunion du Comité, de leur intention de se faire représenter à cette réunion par des observateurs. Ils sont admis sauf si, un mois au moins avant la réunion, un tiers des Parties contractantes ont informé le Secrétaire Général qu'elles s'y opposent.

4. Le Comité permanent est convoqué par le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Il tient sa première réunion dans le délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur de la Convention. Il se réunit par la suite au moins tous les deux ans et, en outre, lorsque la majorité des Parties contractantes en formule la demande.

5. La majorité des Parties contractantes constitue le quorum nécessaire pour tenir une réunion du Comité permanent.

6. Sous réserve des dispositions de la présente Convention, le Comité permanent établit son règlement intérieur.

Article 14

1. Le Comité permanent est chargé de suivre l'application de la présente Convention. Il peut en particulier:

- revoir de manière permanente les dispositions de la présente Convention, y

einer Stimmenzahl aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind; die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn die betreffenden Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, und umgekehrt.

(3) Jeder Mitgliedstaat des Europarats, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, kann durch einen Beobachter im Ausschuss vertreten sein.

Der Ständige Ausschuss kann durch einstimmigen Beschluß jeden Nichtmitgliedstaat des Europarats, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, einladen, sich durch einen Beobachter auf einer der Tagungen des Ständigen Ausschusses vertreten zu lassen.

Sonstige Gremien oder Organisationen der nachstehenden Kategorien, die auf dem Gebiet des Schutzes, der Erhaltung und der Hege und Nutzung wildlebender Pflanzen und Tiere sowie ihrer Lebensräume fachlich qualifiziert sind

- a) internationale staatliche oder nicht-staatliche Organisationen oder Gremien und nationale staatliche Organisationen oder Gremien;
- b) nationale nichtstaatliche Organisationen oder Gremien, denen der Staat, in dem sie ihren Sitz haben, dazu seine Zustimmung gegeben hat

können dem Generalsekretär des Europarats spätestens drei Monate vor der Tagung des Ausschusses ihren Wunsch mitteilen, sich auf dieser Tagung durch Beobachter vertreten zu lassen. Sie werden zugelassen, sofern nicht ein Drittel der Vertragsparteien spätestens einen Monat vor der Tagung dem Generalsekretär ihren Einspruch mitgeteilt hat.

(4) Der Ständige Ausschuss wird vom Generalsekretär des Europarats einberufen. Seine erste Tagung findet innerhalb eines Jahres nach dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens statt. In der Folge tritt er mindestens alle zwei Jahre sowie immer dann zusammen, wenn die Mehrheit der Vertragsparteien dies beantragt.

(5) Die Mehrheit der Vertragsparteien kann die Abhaltung einer Tagung des Ständigen Ausschusses beschließen.

(6) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Übereinkommens gibt sich der Ständige Ausschuss eine Geschäftsordnung.

Artikel 14

(1) Der Ständige Ausschuss ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung dieses Übereinkommens. Er kann insbesondere

- die Bestimmungen dieses Übereinkommens einschließlich seiner Anhänge

- and examine any modifications necessary;
- make recommendations to the Contracting Parties concerning measures to be taken for the purposes of this Convention;
 - recommend the appropriate measures to keep the public informed about the activities undertaken within the framework of this Convention;
 - make recommendations to the Committee of Ministers concerning non-member States of the Council of Europe to be invited to accede to this Convention;
 - make any proposal for improving the effectiveness of this Convention, including proposals for the conclusion, with the States which are not Contracting Parties to the Convention, of agreements that would enhance the effective conservation of species or groups of species.

2. In order to discharge its functions, the Standing Committee may, on its own initiative, arrange for meetings of groups of experts.

Article 15

After each meeting, the Standing Committee shall forward to the Committee of Ministers of the Council of Europe a report on its work and on the functioning of the Convention.

Chapter VII
Amendments

Article 16

1. Any amendment to the articles of this Convention proposed by a Contracting Party or the Committee of Ministers shall be communicated to the Secretary General of the Council of Europe and forwarded by him at least two months before the meeting of the Standing Committee to the member States of the Council of Europe, to any signatory, to any Contracting Party, to any State invited to sign this Convention in accordance with the provisions of Article 19 and to any State invited to accede to it in accordance with the provisions of Article 20.

2. Any amendment proposed in accordance with the provisions of the preceding paragraph shall be examined by the Standing Committee which:

- a. for amendments to Articles 1 to 12, shall submit the text adopted by a three-quarters majority of the votes cast to the Contracting Parties for acceptance;
- b. for amendments to Articles 13 to 24, shall submit the text adopted by a

compris ses annexes, et examiner les modifications qui pourraient être nécessaires;

- faire des recommandations aux Parties contractantes sur les mesures à prendre pour la mise en œuvre de la présente Convention;
- recommander les mesures appropriées pour assurer l'information du public sur les travaux entrepris dans le cadre de la présente Convention;
- faire des recommandations au Comité des Ministres relatives à l'invitation d'Etats non membres du Conseil de l'Europe à adhérer à la présente Convention;
- faire toute proposition tendant à améliorer l'efficacité de la présente Convention et portant notamment sur la conclusion, avec des Etats qui ne sont pas Parties contractantes à la Convention, d'accords propres à rendre plus efficace la conservation d'espèces ou de groupes d'espèces.

2. Pour l'accomplissement de sa mission, le Comité permanent peut, de sa propre initiative, prévoir des réunions de groupes d'experts.

Article 15

Après chacune de ses réunions, le Comité permanent transmet au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe un rapport sur ses travaux et sur le fonctionnement de la Convention.

Chapitre VII
Amendements

Article 16

1. Tout amendement aux articles de la présente Convention, proposé par une Partie contractante ou par le Comité des Ministres, est communiqué au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et transmis par ses soins deux mois au moins avant la réunion du Comité permanent aux Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout signataire, à toute Partie contractante, à tout Etat invité à signer la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 19 et à tout Etat invité à y adhérer, conformément aux dispositions de l'article 20.

2. Tout amendement proposé conformément aux dispositions du paragraphe précédent est examiné par le Comité permanent qui:

- a. pour des amendements aux articles 1 à 12, soumet le texte adopté à la majorité des trois quarts des voix exprimées à l'acceptation des Parties contractantes;
- b. pour des amendements aux articles 13 à 24, soumet le texte adopté à la

laufend überprüfen und auf etwa erforderliche Änderungen untersuchen;

- den Vertragsparteien Maßnahmen empfehlen, die zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens getroffen werden sollen;
- die geeigneten Maßnahmen empfehlen, um die Öffentlichkeit über die im Rahmen dieses Übereinkommens durchgeführten Arbeiten auf dem laufenden zu halten;
- dem Ministerkomitee Nichtmitgliedstaaten des Europarats empfehlen, die zum Beitritt zum Übereinkommen eingeladen werden sollen;
- Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit dieses Übereinkommens vorlegen, darunter Vorschläge, mit Staaten, die keine Vertragsparteien sind, Übereinkünfte zur Verbesserung der wirksamen Erhaltung einzelner Arten oder Gruppen von Arten zu schließen.

(2) Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben kann der Ständige Ausschuß von sich aus Tagungen von Sachverständigengruppen veranstalten.

Artikel 15

Nach jeder Tagung übermittelt der Ständige Ausschuß dem Ministerkomitee des Europarats einen Bericht über seine Arbeit und die Durchführung des Übereinkommens.

Kapitel VII
Änderungen

Artikel 16

(1) Jede von einer Vertragspartei oder dem Ministerkomitee vorgeschlagene Änderung der Artikel dieses Übereinkommens wird dem Generalsekretär des Europarats übermittelt und von ihm spätestens zwei Monate vor der Tagung des Ständigen Ausschusses an die Mitgliedstaaten des Europarats, jeden Unterzeichner, jede Vertragspartei, jeden nach Artikel 19 zur Unterzeichnung dieses Übereinkommens eingeladenen Staat und jeden nach Artikel 20 zum Beitritt eingeladenen Staat weitergeleitet.

(2) Jede nach Absatz 1 vorgeschlagene Änderung wird vom Ständigen Ausschuß geprüft, der

- a) bei Änderungen der Artikel 1 bis 12 den mit Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossenen Wortlaut den Vertragsparteien zur Annahme vorlegt;
- b) bei Änderungen der Artikel 13 bis 24 den mit Dreiviertelmehrheit der abge-

three-quarters majority of the votes cast to the Committee of Ministers for approval. After its approval, this text shall be forwarded to the Contracting Parties for acceptance.

3. Any amendment shall enter into force on the thirtieth day after all the Contracting Parties have informed the Secretary General that they have accepted it.

4. The provisions of paragraphs 1, 2.a and 3 of this Article shall apply to the adoption of new Appendices to this Convention.

Article 17

1. Any amendment to the Appendices of this Convention proposed by a Contracting Party or the Committee of Ministers shall be communicated to the Secretary General of the Council of Europe and forwarded by him at least two months before the meeting of the Standing Committee to the member States of the Council of Europe, to any signatory, to any Contracting Party, to any State invited to sign this Convention in accordance with the provisions of Article 19 and to any State invited to accede to it in accordance with the provisions of Article 20.

2. Any amendment proposed in accordance with the provisions of the preceding paragraph shall be examined by the Standing Committee, which may adopt it by a two-thirds majority of the Contracting Parties. The text adopted shall be forwarded to the Contracting Parties.

3. Three months after its adoption by the Standing Committee and unless one-third of the Contracting Parties have notified objections, any amendment shall enter into force for those Contracting Parties which have not notified objections.

Chapter VIII

Settlement of disputes

Article 18

1. The Standing Committee shall use its best endeavours to facilitate a friendly settlement of any difficulty to which the execution of this Convention may give rise.

2. Any dispute between Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention which has not been settled on the basis of the provisions of the preceding paragraph or by negotiation between the parties concerned shall, unless the said parties agree otherwise, be submitted, at the request of one of them, to arbitration. Each party shall designate an arbitrator and the two arbitrators shall designate a

majorité des trois quarts des voix exprimées à l'approbation du Comité des Ministres. Ce texte est communiqué après son approbation aux Parties contractantes en vue de son acceptation.

3. Tout amendement entre en vigueur le trentième jour après que toutes les Parties contractantes ont informé le Secrétaire Général qu'elles l'ont accepté.

4. Les dispositions des paragraphes 1, 2.a et 3 du présent article sont applicables à l'adoption de nouvelles annexes à la présente Convention.

Article 17

1. Tout amendement aux annexes à la présente Convention, proposé par une Partie contractante ou par le Comité des Ministres, est communiqué au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe et transmis par ses soins deux mois au moins avant la réunion du Comité permanent aux Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout signataire, à toute Partie contractante, à tout Etat invité à signer la présente Convention conformément aux dispositions de l'article 19 et à tout Etat invité à y adhérer, conformément aux dispositions de l'article 20.

2. Tout amendement proposé conformément aux dispositions du paragraphe précédent est examiné par le Comité permanent qui peut l'adopter à la majorité des deux tiers des Parties contractantes. Le texte adopté est communiqué aux Parties contractantes.

3. A l'expiration d'une période de trois mois après son adoption par le Comité permanent, et sauf si un tiers des Parties contractantes ont notifié des objections, tout amendement entre en vigueur à l'égard des Parties contractantes qui n'ont pas notifié d'objections.

Chapitre VIII

Règlement des différends

Article 18

1. Le Comité permanent facilite autant que de besoin le règlement amiable de toute difficulté à laquelle l'exécution de la Convention donnerait lieu.

2. Tout différend entre Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention qui n'a pas été réglé sur la base des dispositions du paragraphe précédent ou par voie de négociation entre les parties au différend et sauf si ces parties en conviennent autrement est, à la requête de l'une d'entre elles, soumis à l'arbitrage. Chacune des parties désigne un arbitre et les deux arbitres désignent un

gebenen Stimmen beschlossenen Wortlaut dem Ministerkomitee zur Genehmigung vorlegt. Nach der Genehmigung wird dieser Wortlaut den Vertragsparteien zur Annahme zugeleitet.

(3) Jede Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem alle Vertragsparteien dem Generalsekretär die Annahme dieser Änderung mitgeteilt haben.

(4) Die Absätze 1, 2 Buchstabe a und 3 gelten auch für die Annahme neuer Anhänge zu diesem Übereinkommen.

Artikel 17

(1) Jede von einer Vertragspartei oder dem Ministerkomitee vorgeschlagene Änderung der Anhänge dieses Übereinkommens wird dem Generalsekretär des Europarats übermittelt und von ihm spätestens zwei Monate vor der Tagung des Ständigen Ausschusses an die Mitgliedstaaten des Europarats, jeden Unterzeichner, jede Vertragspartei, jeden nach Artikel 19 zur Unterzeichnung dieses Übereinkommens eingeladenen Staat und jeden nach Artikel 20 zum Beitritt eingeladenen Staat weitergeleitet.

(2) Jede nach Absatz 1 vorgeschlagene Änderung wird vom Ständigen Ausschuss geprüft, der sie mit Zweidrittelmehrheit der Vertragsparteien beschließen kann. Der beschlossene Wortlaut wird den Vertragsparteien zugeleitet.

(3) Sofern nicht ein Drittel der Vertragsparteien Einwände notifiziert hat, tritt eine Änderung für die Vertragsparteien, die keine Einwände notifiziert haben, drei Monate nach der Beschlußfassung durch den Ständigen Ausschuss in Kraft.

Kapitel VIII

Beilegung von Streitigkeiten

Artikel 18

(1) Der Ständige Ausschuss bemüht sich, eine gütliche Beilegung jeder Schwierigkeit zu erleichtern, die sich bei der Durchführung dieses Übereinkommens ergibt.

(2) Jede Streitigkeit zwischen Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht nach Absatz 1 oder durch Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien beigelegt worden ist, wird, sofern die betreffenden Parteien nichts anderes vereinbaren, auf Antrag einer dieser Parteien einem Schiedsverfahren unterworfen. Jede Partei bestimmt einen Schiedsrichter, und die beiden Schiedsrichter bestim-

third arbitrator. Subject to the provisions of paragraph 3 of this Article, if one of the parties has not designated its arbitrator within the three months following the request for arbitration, he shall be designated at the request of the other party by the President of the European Court of Human Rights within a further three-month period. The same procedure shall be observed if the arbitrators cannot agree on the choice of the third arbitrator within the three months following the designation of the two first arbitrators.

3. In the event of a dispute between two Contracting Parties one of which is a member State of the European Economic Community, the latter itself being a Contracting Party, the other Contracting Party shall address the request for arbitration both to the member State and to the Community, which jointly shall notify it, within two months of receipt of the request, whether the member State or the Community, or the member State and the Community jointly, shall be party to the dispute. In the absence of such notification within the said time limit, the member State and the Community shall be considered as being one and the same party to the dispute for the purposes of the application of the provisions governing the constitution and procedure of the arbitration tribunal. The same shall apply when the member State and the Community jointly present themselves as party to the dispute.

4. The arbitration tribunal shall draw up its own Rules of Procedure. Its decisions shall be taken by majority vote. Its award shall be final and binding.

5. Each party to the dispute shall bear the expenses of the arbitrator designated by it and the parties shall share equally the expenses of the third arbitrator, as well as other costs entailed by the arbitration.

troisième arbitre. Si, sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, dans un délai de trois mois à compter de la requête d'arbitrage, l'une des parties n'a pas désigné son arbitre, le Président de la Cour européenne des Droits de l'Homme procède, à la demande de l'autre partie, à sa désignation dans un nouveau délai de trois mois. La même procédure s'applique au cas où les deux arbitres ne peuvent pas se mettre d'accord sur le choix du troisième arbitre dans un délai de trois mois à compter de la désignation des deux premiers arbitres.

3. En cas de différend entre deux Parties contractantes dont l'une est un Etat membre de la Communauté économique européenne, elle-même Partie contractante, l'autre Partie contractante adresse la requête d'arbitrage à la fois à cet Etat membre et à la Communauté, qui lui notifie conjointement, dans un délai de deux mois après la réception de la requête, si l'Etat membre ou la Communauté, ou l'Etat membre et la Communauté conjointement, se constituent partie au différend. A défaut d'une telle notification dans ledit délai, l'Etat membre et la Communauté sont réputés n'être qu'une seule et même partie au différend pour l'application des dispositions régissant la constitution et la procédure du tribunal arbitral. Il en est de même lorsque l'Etat membre et la Communauté se constituent conjointement partie au différend.

4. Le tribunal arbitral établit ses propres règles de procédure. Les décisions sont prises à la majorité. Sa sentence est définitive et obligatoire.

5. Chaque partie au différend supporte les frais de l'arbitre qu'elle a désigné et les parties supportent, à parts égales, les frais du troisième arbitre, ainsi que les autres dépenses entraînées par l'arbitrage.

men einen dritten Schiedsrichter. Vorbehaltlich des Absatzes 3 gilt folgendes: Hat eine der Parteien drei Monate nach Beantragung eines Schiedsverfahrens noch keinen Schiedsrichter bestimmt, so wird dieser auf Antrag der anderen Partei innerhalb von weiteren drei Monaten vom Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bestimmt. Können sich die Schiedsrichter innerhalb von drei Monaten nach Bestimmung der ersten beiden Schiedsrichter nicht auf einen dritten Schiedsrichter einigen, so wird das gleiche Verfahren angewendet.

(3) Ist in einer Streitigkeit zwischen zwei Vertragsparteien die eine Vertragspartei zugleich Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und diese selbst ebenfalls Vertragspartei, so richtet die andere Vertragspartei den Antrag auf ein Schiedsverfahren sowohl an diesen Staat als auch an die Gemeinschaft; diese notifizieren ihr gemeinsam innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags, ob der Mitgliedstaat oder die Gemeinschaft oder der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam Streitpartei sein werden. Erfolgt innerhalb dieser Frist keine solche Notifikation, so gelten der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft als eine Streitpartei für die Zwecke der Anwendung der Bestimmungen über die Errichtung und das Verfahren des Schiedsgerichts. Dasselbe gilt, wenn der Mitgliedstaat und die Gemeinschaft gemeinsam als Streitpartei auftreten.

(4) Das Schiedsgericht gibt sich eine Verfahrensordnung. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit. Sein Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(5) Jede Streitpartei übernimmt die Kosten des von ihr bestimmten Schiedsrichters, die Kosten des dritten Schiedsrichters sowie die sonstigen durch das Schiedsverfahren entstehenden Kosten werden von den Parteien zu gleichen Teilen getragen.

Chapter IX
Final provisions

Article 19

1. This Convention shall be open for signature by the member States of the Council of Europe and non-member States which have participated in its elaboration and by the European Economic Community.

Up until the date when the Convention enters into force, it shall also be open for signature by any other State so invited by the Committee of Ministers.

The Convention is subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall

Chapitre IX
Dispositions finales

Article 19

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe et des Etats non membres qui ont participé à son élaboration, ainsi qu'à celle de la Communauté économique européenne.

Jusqu'à la date de son entrée en vigueur, elle est aussi ouverte à la signature de tout autre Etat invité à la signer par le Comité des Ministres.

La Convention sera soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou

Kapitel IX
Schlußbestimmungen

Artikel 19

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats, für Nichtmitgliedstaaten, die sich an der Ausarbeitung des Übereinkommens beteiligt haben, und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zur Unterzeichnung auf.

Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens liegt es auch für jeden anderen vom Ministerkomitee dazu eingeladenen Staat zur Unterzeichnung auf.

Das Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmi-

be deposited with the Secretary General of the Council of Europe.

2. The Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date on which five States, including at least four member States of the Council of Europe, have expressed their consent to be bound by the Convention in accordance with the provisions of the preceding paragraph.

3. In respect of any signatory State or the European Economic Community which subsequently express their consent to be bound by it, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date of the deposit of the instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 20

1. After the entry into force of this Convention, the Committee of Ministers of the Council of Europe, after consulting the Contracting Parties, may invite to accede to the Convention any non-member State of the Council which, invited to sign in accordance with the provisions of Article 19, has not yet done so, and any other non-member State.

2. In respect of any acceding State, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiry of a period of three months after the date of the deposit of the instrument of accession with the Secretary General of the Council of Europe.

Article 21

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2. Any Contracting Party may, when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession or at any later date, by declaration addressed to the Secretary General of the Council of Europe, extend the application of this Convention to any other territory specified in the declaration and for whose international relations it is responsible or on whose behalf it is authorised to give undertakings.

3. Any declaration made under the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn by notification addressed to the Secretary General. Such withdrawal shall become effective on the first day of the month following the expiry of a period of six months after the date of receipt of the notification by the Secretary General.

d'approbation seront déposés près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date à laquelle cinq Etats, dont au moins quatre Etats membres du Conseil de l'Europe, auront exprimé leur consentement à être liés par la Convention conformément aux dispositions du paragraphe précédent.

3. Elle entrera en vigueur à l'égard de tout Etat signataire ou de la Communauté économique européenne, qui exprimeront ultérieurement leur consentement à être liés par elle, le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Article 20

1. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe pourra, après consultation des Parties contractantes, inviter à adhérer à la Convention tout Etat non membre du Conseil qui, invité à la signer conformément aux dispositions de l'article 19, ne l'aura pas encore fait, et tout autre Etat non membre.

2. Pour tout Etat adhérent, la Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument d'adhésion près le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

Article 21

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Toute Partie contractante peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application de la présente Convention, par déclaration adressée au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe, à tout autre territoire désigné dans la déclaration et dont elle assure les relations internationales ou pour lequel elle est habilitée à stipuler.

3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée au Secrétaire Général. Le retrait prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

gungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

(2) Das Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem fünf Staaten, darunter mindestens vier Mitgliedstaaten des Europarats, nach Absatz 1 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(3) Für jeden Unterzeichnerstaat oder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die später ihre Zustimmung ausdrücken, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 20

(1) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarats nach Konsultation der Vertragsparteien jeden Nichtmitgliedstaat des Rates, der nach Artikel 19 zur Unterzeichnung eingeladen worden ist, dies jedoch noch nicht getan hat, sowie jeden anderen Nichtmitgliedstaat einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

Artikel 21

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jede Vertragspartei kann bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken, dessen internationale Beziehungen sie wahrnimmt oder für das sie Vereinbarungen treffen kann.

(3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Article 22

1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, make one or more reservations regarding certain species specified in Appendices I to III and/or, for certain species mentioned in the reservation or reservations, regarding certain means or methods of killing, capture and other exploitation listed in Appendix IV. No reservations of a general nature may be made.

2. Any Contracting Party which extends the application of this Convention to a territory mentioned in the declaration referred to in paragraph 2 of Article 21 may, in respect of the territory concerned, make one or more reservations in accordance with the provisions of the preceding paragraph.

3. No other reservation may be made.

4. Any Contracting Party which has made a reservation under paragraphs 1 and 2 of this Article may wholly or partly withdraw it by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe. Such withdrawal shall take effect as from the date of receipt of the notification by the Secretary General.

Article 23

1. Any Contracting Party may, at any time, denounce this Convention by means of a notification addressed to the Secretary General of the Council of Europe.

2. Such denunciation shall become effective on the first day of the month following the expiry of a period of six months after the date of receipt of the notification by the Secretary General.

Article 24

The Secretary General of the Council of Europe shall notify the member States of the Council of Europe, any signatory State, the European Economic Community if a signatory of this Convention and any Contracting Party of:

- a. any signature;
- b. the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- c. any date of entry into force of this Convention in accordance with Articles 19 and 20;
- d. any information forwarded under the provisions of paragraph 3 of Article 13;
- e. any report established in pursuance of the provisions of Article 15;
- f. any amendment or any new Appendix adopted in accordance with Articles

Article 22

1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, formuler une ou plusieurs réserves à l'égard de certaines espèces énumérées dans les annexes I à III et/ou, pour certaines de ces espèces qui seront indiquées dans la ou les réserves, à l'égard de certains moyens ou méthodes de chasse et d'autres formes d'exploitation mentionnées dans l'annexe IV. Des réserves de caractère général ne sont pas admises.

2. Toute Partie contractante qui étend l'application de la présente Convention à un territoire désigné dans la déclaration prévue au paragraphe 2 de l'article 21 peut, pour le territoire concerné, formuler une ou plusieurs réserves conformément aux dispositions du paragraphe précédent.

3. Aucune autre réserve n'est admise.

4. Toute Partie contractante qui a formulé une réserve en vertu des paragraphes 1 et 2 du présent article peut la retirer en tout ou en partie en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe. Le retrait prendra effet à la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 23

1. Toute Partie contractante peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe.

2. La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le Secrétaire Général.

Article 24

Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout Etat signataire, à la Communauté économique européenne signataire de la présente Convention, et à toute Partie contractante:

- a. toute signature;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation, ou d'adhésion;
- c. toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à ses articles 19 et 20;
- d. toute information communiquée en vertu des dispositions du paragraphe 3 de l'article 13;
- e. tout rapport établi en application des dispositions de l'article 15;
- f. tout amendement ou toute nouvelle annexe adopté conformément aux

Artikel 22

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einen oder mehrere Vorbehalte in bezug auf bestimmte in den Anhängen I bis III aufgeführte Arten und/oder für bestimmte in dem oder den Vorbehalten genannte Arten in bezug auf bestimmte in Anhang IV aufgeführte Mittel oder Methoden des Tötens, Fangens oder der sonstigen Nutzung machen. Vorbehalte allgemeiner Art sind nicht zulässig.

(2) Jede Vertragspartei, welche die Anwendung dieses Übereinkommens auf ein Hoheitsgebiet ausdehnt, das in der in Artikel 21 Absatz 2 bezeichneten Erklärung genannt ist, kann für das betreffende Hoheitsgebiet einen oder mehrere Vorbehalte nach Maßgabe des Absatzes 1 machen.

(3) Sonstige Vorbehalte sind nicht zulässig.

(4) Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach den Absätzen 1 und 2 gemacht hat, kann diesen durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation ganz oder teilweise zurücknehmen. Die Zurücknahme wird mit dem Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 23

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 24

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, jedem Unterzeichnerstaat, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sofern sie Unterzeichner dieses Übereinkommens ist, und jeder Vertragspartei

- a) jede Unterzeichnung,
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde,
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 19 und 20,
- d) jede nach Artikel 13 Absatz 3 übermittelte Information,
- e) jeden nach Artikel 15 ausgearbeiteten Bericht,
- f) jede Änderung oder jeden neuen Anhang, die nach den Artikeln 16 und 17

- | | | |
|---|---|--|
| <p>16 and 17 and the date on which the amendment or new Appendix comes into force;</p> <p>g. any declaration made under the provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 21;</p> <p>h. any reservation made under the provisions of paragraphs 1 and 2 of Article 22;</p> <p>i. the withdrawal of any reservation carried out under the provisions of paragraph 4 of Article 22;</p> <p>j. any notification made under the provisions of Article 23 and the date on which the denunciation takes effect.</p> | <p>articles 16 et 17 et la date à laquelle cet amendement ou cette nouvelle annexe entre en vigueur;</p> <p>g. toute déclaration faite en vertu des dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 21;</p> <p>h. toute réserve formulée en vertu des dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'article 22;</p> <p>i. le retrait de toute réserve effectué en vertu des dispositions du paragraphe 4 de l'article 22;</p> <p>j. toute notification faite en vertu des dispositions de l'article 23 et la date à laquelle la dénonciation prendra effet.</p> | <p>beschlossen werden, und den Zeitpunkt, zu dem die Änderung oder der neue Anhang in Kraft tritt,</p> <p>g) jede nach Artikel 21 Absätze 2 und 3 abgegebene Erklärung,</p> <p>h) jeden nach Artikel 22 Absätze 1 und 2 gemachten Vorbehalt,</p> <p>i) die Zurücknahme jedes Vorbehalts nach Artikel 22 Absatz 4,</p> <p>j) jede nach Artikel 23 vorgenommene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.</p> |
|---|---|--|

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Done at Bern, this 19th day of September 1979, in English and French, both texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Council of Europe. The Secretary General of the Council of Europe shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe, to any signatory State, to the European Economic Community if a signatory and to any State invited to sign this Convention or to accede thereto.

Fait à Berne, le 19 septembre 1979, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe. Le Secrétaire Général du Conseil de l'Europe en communiquera copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe, à tout Etat et à la Communauté économique européenne signataires ainsi qu'à tout Etat invité à signer la présente Convention ou à y adhérer.

Geschehen zu Bern am 19. September 1979 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt jedem Mitgliedstaat des Europarats, jedem Unterzeichnerstaat, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sofern sie Unterzeichner ist, sowie jedem Staat, der zur Unterzeichnung dieses Übereinkommens oder zum Beitritt zu diesem Übereinkommen eingeladen worden ist, beglaubigte Abschriften.

Anhang I

Streng geschützte Pflanzenarten

Pteridophyta**Gefäß-Sporenpflanzen**

Aspidiaceae

Schildfarngewächse

Diplazium caudatum (Cav.) Jermy

Pteridiaceae

Saumfarngewächse

Pteris serrulata Forssk.
Feingesägter Saumfarn**Gymnospermae****Nacktsamer**

Pinaceae

Kieferngewächse

Abies nebrodensis (Lojac.) Mattei
Nebroden-Tanne**Angiospermae****Bedecktsamer**

Alismataceae

Froschlöffelgewächse

Alisma wahlenbergii (O. R. Holmberg) Juzepczuk
Wahlenbergs Froschlöffel

Berberidaceae

Berberitzengewächse

Gymnospermium altaicum (Pallas) Spach

Boraginaceae

Boretschgewächse

Anchusa crispa Viv.
Krause Ochsenzunge*Myosotis rehsteineri* Wartm.
Bodensee-Vergißmeinnicht*Omphalodes littoralis* Lehm.
Strand-Gedenkemein*Onosma caespitosum* Kotschy
Rasige Lotwurz*Onosma troodii* Kotschy
Troods Lotwurz*Solenanthes albanicus* (Degen et al.) Degen & Baldacci
Albanischer Riesenboretsch*Symphytum cycladense* Pawl.
Kykladen-Beinwell

Campanulaceae

Glockenblumengewächse

Campanula sabatia De Not.

Caryophyllaceae

Nelkengewächse

Arenaria lithops Heywood ex McNeill
Stein-Sandkraut*Gypsophila papillosa* P. Porta
Warziges Gipskraut*Loeflingia tavaresiana* G. Samp.
Loeflingie*Silene orphanidis* Boiss.
Leere Lichtnelke*Silene rothmaleri* Pinto da Silva
Rothmalers Lichtnelke*Silene velutina* Pourret ex Loisel.
Samt-Lichtnelke

Chenopodiaceae

Gänsefußgewächse

Kochia saxicola Guss.
Felsen-Radmelde*Salicornia veneta* Pignatti & Lausi
Venezianischer Queller

Cistaceae

Zistrosengewächse

Tuberaria major (Willk.) Pinto da Silva
Großes Sandröschen

Compositae

Korbblütler

Anacyclus alboranensis Esteve Chueca & Varo
Kreisblume, Ringköpfchen*Anthemis glaberrima* (Rech. f.) Greuter
Kahle Hundskamille*Artemisia granatensis* Boiss.
Granada-Beifuß*Artemisia laciniata* Willd.
Schlitzblatt-Beifuß*Aster pyrenaeus* Desf. ex DC.
Pyrenäen-Aster*Aster sibiricus* L.
Sibirische Aster*Centaurea balearica* J. D. Rodriguez
Balearen-Flockenblume*Centaurea heldreichii* Halácsy
Heldreichs Flockenblume*Centaurea horrida* Badaro
Stachelige Flockenblume*Centaurea kalambakensis* Freyn & Sint.*Centaurea lactiflora* Halácsy
Milchweiße Flockenblume*Centaurea linaresii* Lazaro*Centaurea megarensis* Halácsy & Hayek*Centaurea niederi* Heldr.
Nieders Flockenblume*Centaurea peucedanifolia* Boiss. & Orph.
Haarstrang-Flockenblume*Centaurea princeps* Boiss. & Heldr.
Fürstliche Flockenblume*Crepis crocifolia* Boiss. & Heldr.
Krokusblättriger Pippau*Lamyropsis microcephala* (Moris) Dittrich & Greuter
Leontodon siculus (Guss.) Finch & Sell
Sizilianischer Löwenzahn*Logfia neglecta* (Soy.-Will.) Holub
Verkanntes Filzkraut*Senecio alboranicus* Maire

Convolvulaceae

Windengewächse

Convolvulus argyrotamnus Greuter
Silber-Winde

Cruciferae

Kreuzblütler

- Alyssum akamasicum* B. L. Burt
Alyssum fastigiatum Heywood
 Büschel-Steinkraut
Arabis kennedyae Meikle
 Kennedys Gänsekresse
Biscutella neustriaca Bonnet
 Pariser Brillenschote
Brassica hilarionis Post
Brassica macrocarpa Guss.
 Großfrüchtiger Kohl
Braya purpurascens (R. Br.) Bunge
 Purpur-Knotenschötchen
Coronopus navasii Pau
 Navas' Krähenfuß
Diplotaxis siettiana Maire
 Siettis Doppelsame
Enarthrocarpus pterocarpus DC.
Hutera rupestris P. Porta
Iberis arbuscula Runemark
 Bäumchen-Schleifenblume
Ionopsidium acaule (Desf.) Reichenb.
 Stengelloses Scheinveilchen
Ptilotrichum pyrenaicum (Lapeyr.) Boiss.
 Pyrenäen-Haarfeder
Rhynchosinapis johnstonii (G. Samp.) Heywood
 Johnstons Schnabelsenf
Sisymbrium matritense P. W. Ball & Heywood
 Madrider Rauke

Euphorbiaceae

Wolfsmilchgewächse

- Euphorbia ruscinonensis* Boiss.
 Roussinon-Wolfsmilch

Gramineae

Gräser

- Stipa bavarica* Martinovský & H. Scholz
 Bayerisches Federgras

Grossulariaceae

Stachelbeergewächse

- Ribes sardoum* Martelli
 Sardinische Stachelbeere

Hypericaceae

Hartheugewächse

- Hypericum aciferum* (Greuter) N. K. B. Robson
 Nadel-Johanniskraut

Iridaceae

Schwertliliengewächse

- Crocus cyprius* Boiss. & Kotschy
 Zyprischer Krokus
Crocus hartmannianus Holmboe
 Hartmanns Krokus

Labiatae

- Amaracus cordifolium* Montr. & Auch.
 Herzblatt-Dost
Micromeria taygetea P. H. Davis
 Micromerie
Nepeta sphaciotica P. H. Davis
Phlomis brevibracteata Turrill
 Kurzdeckblatt-Brandkraut

Phlomis cyprica Post

Zyprisches Brandkraut

Salvia crassifolia Sibth. & Smith

Dickblättriger Salbei

Sideritis cyprica Post

Zyprisches Gliedkraut

Thymus camphoratus Hoffmanns. & Link

Kampfer-Thymian

Thymus carnosus Boiss.

Fleischiger Thymian

Thymus cephalotus L.

Großköpfiger Thymian

Leguminosae

Hülsenfrüchtler

- Astragalus algarbiensis* Coss. ex Bunge
 Algarve-Tragant

Astragalus aquilinus Anzalone

Adler-Tragant

Astragalus maritimus Moris

Strand-Tragant

Astragalus verrucosus Moris

Warziger Tragant

Cytisus aeolicus Guss. ex Lindl.

Äolischer Geißklee

Ononis maweana Ball

Mawes Hauhechel

Oxytropis deflexa (Pallas) DC.

Gekrümmte Fahnenwicke

Lentibulariaceae

Wasserschlauchgewächse

- Pinguicula crystallina* Sibth. & Smith
 Kristall-Fettkraut

Liliaceae

Liliengewächse

Androcymbium rechingeri Greuter*Chionodoxa lochiai* Meikle

Schneestolz

Muscari gussonei (Parl.) Tod.

Gussones Traubenhyazinthe

Scilla morrisii Meikle

Morrisis Blaustern

Orchidaceae

Knabenkrautgewächse, Orchideen

Ophrys kotschyi Fleischm. & Soó

Kotschys Ragwurz

Papaveraceae

Mohngewächse

- Rupicapnos africana* (Lam.) Pomet

Plumbaginaceae

Bleiwurzwächse

Armeria rouyana Daveau

Rouys Grasnelke

Limonium paradoxum Pugsley

Seltsamer Strandflieder

Limonium recurvum C. E. Salmon

Zurückgekrümmter Strandflieder

Polygonaceae

Knöterichgewächse

Rheum rhaponticum L.

Pontischer Rhabarber

Primulaceae

Primelgewächse

Primula apennina Widmer
Apenninen-Primel

Primula egaliksensis Wormsk.

Ranunculaceae

Hahnenfußgewächse

Aquilegia cazortensis Heywood

Aquilegia kitaibelii Schott
Kitaibels Akelei

Consolida samia P. H. Davis
Samos-Rittersporn

Delphinium caseyi B. L. Burt
Caseys Rittersporn

Ranunculus kykkoënsis Meikle
Kykko-Hahnenfuß

Ranunculus weyleri Mares
Weylers Hahnenfuß

Rubiaceae

Krappgewächse

Galium litorale Guss.
Strand-Labkraut

Scrophulariaceae

Braunwurzgewächse

Antirrhinum charidemi Lange
Charidems Löwenmaul

Euphrasia marchesettii Wettst. ex Marches.
Marchesettis Augentrost

Linaria algarviana Chav.
Algarve-Leinkraut

Linaria ficalhoana Rouy

Selaginaceae

Globularia stygia Orph. ex Boiss.
Dunkle Kugelblume

Solanaceae

Nachtschattengewächse

Atropa baetica Willk.
Andalusische Tollkirsche

Thymelaeaceae

Seidelbastgewächse

Daphne rodriguezii Texidor
Rodriguez' Seidelbast

Umbelliferae

Doldenblütler

Angelica heterocarpa Lloyd

Verschiedenfrüchtige Engelwurz

Angelica palustris (Besser) Hoffman

Sumpf-Engelwurz

Bupleurum kakiskalae Greuter

Ferula cypria Post

Zyprischer Riesenfenchel

Laserpitium longiradium Boiss.

Langstrahliges Laserkraut

Oenanthe conioides Lange

Schierling-Wasserfenchel

Valerianaceae

Baldriangewächse

Valeriana longiflora Willk.
Langblütiger Baldrian

Violaceae

Veilchengewächse

Viola hispida Lam.

Rauhhaariges Veilchen

Viola jaubertiana Mares & Vigineix

Jauberts Veilchen

Anhang II
Streng geschützte Tierarten

Säugetiere (Mammalia)

Insectivora
Insektenfresser

Talpidae
Maulwürfe
 Desmana pyrenaica (*Galemys pyrenaicus*)
 Pyrenäendesman

Chiroptera
Fledertiere
 alle Arten außer *Pipistrellus pipistrellus*
 Zwergfledermaus

Rodentia
Nagetiere

Sciuridae
Hörnchen
 Citellus citellus
 Einfarbiges Ziesel

Cricetidae
Hamster
 Cricetus cricetus
 Feldhamster

Hystricidae
Altweltstachelschweine
 Hystrix cristata
 Stachelschwein

Carnivora
Raubtiere

Canidae
Hundeartige
 Canis lupus
 Wolf
 Alopex lagopus
 Eisfuchs, Polarfuchs

Ursidae
Bären
 alle Arten

Mustelidae
Marderartige
 Lutreola (Mustela) lutreola
 Europäischer Nerz
 Lutra lutra
 Fischotter
 Gulo gulo
 Vielfraß

Felidae
Katzenartige
 Lynx pardina (pardellus) (*Felis lynx pardina*)
 Pardelluchs
 Panthera pardus
 Leopard
 Panthera tigris
 Tiger

Odobenidae
Walrosse
 Odobenus rosmarus
 Walroß

Phocidae
Hundsrobben
 Monachus monachus
 Mittelmeer-Mönchsrobbe

Artiodactyla
Paarhufer

Bovidae
Hornträger
 Capra aegagrus
 Bezoarziege
 Rupicapra rupicapra ornata
 Unterart der Gemse
 Ovibos moschatus
 Moschusochse

Odontoceti
Zahnwale

Delphinidae
Delphine
 Delphinus delphis
 Delphin
 Tursiops truncatus (tursio)
 Großer Tümmler

Phocaenidae
Schweinswale
 Phocaena phocaena
 Schweinswal (Braunfisch)

Mystacoceti
Bartenwale

Balaenopteridae
Furchenwale
 Sibbaldus (Balaenoptera) musculus
 Blauwal
 Megaptera novaeangliae (longimana, nodosa)
 Buckelwal

Balaenidae
Glattwale
 Eubalaena glacialis
 Nordkaper
 Balaena mysticetus
 Grönlandwal

Vögel (Aves)

Gaviiformes
Seetaucher

Gaviidae
Seetaucher
 alle Arten

Podicipediformes
Lappentaucher

Podicipedidae
Lappentaucher
 Podiceps griseigena
 Rothalstaucher
 Podiceps auritus
 Ohrentaucher
 Podiceps nigricollis
 Schwarzhalstaucher

Podiceps ruficollis Zwergtaucher	Cygnus bewickii (columbianus) Zwergschwan
Procellariiformes Sturmvogel	Anser erythropus Zwerggans
<i>Hydrobatidae</i> Sturmschwalben	Branta leucopsis Nonnengans (Weißwangengans)
alle Arten	Branta ruficollis Rothalsgans
<i>Procellariidae</i> Sturmtaucher	Tadorna tadorna Brandgans (Brandente)
Puffinus puffinus Schwarzschnabelsturmtaucher	Tadorna ferruginea Rostgans
Calonectris diomedea Gelbschnabelsturmtaucher	Marmaronetta (Anas) angustirostris Marmelente
Pelecaniformes Rudertübler	Somateria spectabilis Prachteiderente
<i>Phalacrocoracidae</i> Kormorane	Polysticta stelleri Scheckente
Phalacrocorax pygmaeus Zwergscharbe	Histrionicus histrionicus Kragenente
<i>Pelecanidae</i> Pelikane	Bucephala islandica Spatelente
alle Arten	Mergus albellus Zwergsäger
Ciconiiformes Schreitvögel	Oxyura leucocephala Weißkopfruderente
<i>Ardeidae</i> Reiher	Falconiformes Greifvögel
Ardea purpurea Purpurereiher	alle Arten
Casmerodius albus (Egretta alba) Silberreiher	Gruiformes Kranichvögel
Egretta garzetta Seidenreiher	<i>Turnicidae</i> Laufhühnchen
Ardeola ralloides Rallenreiher	Turnix sylvatica Laufhühnchen
Bubulcus (Ardeola) ibis Kuhreiher	<i>Gruidae</i> Kraniche
Nycticorax nycticorax Nachtreiher	alle Arten
Ixobrychus minutus Zwergdommel	<i>Rallidae</i> Rallen
Botaurus stellaris Rohrdommel	Porzana porzana Tüpfelsumpfhuhn
<i>Ciconiidae</i> Störche	Porzana pusilla Zwergsumpfhuhn
alle Arten	Porzana parva Kleines Sumpfhuhn
<i>Threskiornithidae</i> Ibisse	Crex crex Wachtelkönig
alle Arten	Porphyrio porphyrio Purpurhuhn
<i>Phoenicopteriformes</i> Flamingos	Fulica cristata Kammläbhuhn
<i>Phoenicopteridae</i> Flamingos	<i>Otididae</i> Trappen
Phoenicopterus ruber Flamingo	alle Arten
Anseriformes Entenvögel	Charadriiformes Wat- und Möwenvögel
<i>Anatidae</i> Entenvögel	<i>Charadriidae</i> Regenpfeifer
Cygnus cygnus Singschwan	Hoplopterus spinosus Spornkiebitz

Charadrius hiaticula Sandregenpfeifer	Larus genei Dünnschnabelmöwe
Charadrius dubius Flußregenpfeifer	Larus minutus Zwergmöwe
Charadrius alexandrinus Seeregenpfeifer	Larus (Xenia) sabini Schwalbenmöwe
Charadrius leschenaultii Wüstenregenpfeifer	<i>Sternidae</i> Seeschwalben
Eudromias morinellus Mornellregenpfeifer	Chlidonias niger Trauerseeschwalbe
Arenaria interpres Steinwälzer	Chlidonias leucopterus Weißflügelseeschwalbe
<i>Scolopacidae</i> Schnepfen	Chlidonias hybrida Weißbartseeschwalbe
Gallinago Doppelschnepfe	Gelochelidon nilotica Lachseeschwalbe
Numenius tenuirostris Dünnschnabel-Brachvogel	Hydroprogne caspia Raubseeschwalbe
Tringa stagnatilis Teichwasserläufer	Sterna hirundo Flußseeschwalbe
Tringa ochropus Waldwasserläufer	Sterna paradisaea (macrura) Küstenseeschwalbe
Tringa glareola Bruchwasserläufer	Sterna dougallii Rosenseeschwalbe
Tringa hypoleucos Flußuferläufer	Sterna albifrons Zwergseeschwalbe
Tringa cinerea Terekwasserläufer	Sterna sandvicensis Brandseeschwalbe
Calidris minuta Zwergstrandläufer	Columbiformes Taubenvögel
Calidris temminckii Temminckstrandläufer	<i>Pteroclididae</i> Flughühner
Calidris maritima Meerstrandläufer	alle Arten
Calidris alpina Alpenstrandläufer	Cuculiformes Kuckucksartige
Calidris ferruginea Sichelstrandläufer	<i>Cuculidae</i> Kuckucke
Calidris alba Sanderling	Clamator glandarius Häherkuckuck
Limicola falcinellus Sumpfläufer	Strigiformes Eulen
<i>Recurvirostridae</i> Stelzenläufer	alle Arten
alle Arten	Caprimulgiformes Nachtschwalbenartige
<i>Phalaropodidae</i> Wassertreter	<i>Caprimulgidae</i> Ziegenmelker (Nachtschwalben)
alle Arten	alle Arten
<i>Burhinidae</i> Triele	Apodiformes Segler
Burhinus oedicephalus Triel	<i>Apodidae</i> Segler
<i>Glareolidae</i> Brachschwalben u. Rennvögel	Apus pallidus Fahlsegler
alle Arten	Apus melba Alpensegler
<i>Laridae</i> Möwen	Apus caffer Kaffernsegler
Pagophila eburnea Elfenbeinmöwe	Coraciiformes Rackenvögel
Larus audouinii Korallenmöwe	
Larus melanocephalus Schwarzkopfmöwe	

<i>Alcedinidae</i> Eisvögel	<i>Prunellidae</i> Braunellen
<i>Alcedo atthis</i> Eisvogel	alle Arten
<i>Meropidae</i> Bienenfresser	<i>Muscicapidae</i> Sänger
<i>Merops apiaster</i> Bienenfresser	<i>Turdinae</i> Drosseln
<i>Coraciidae</i> Racken	<i>Saxicola rubetra</i> Braunkehlchen
<i>Coracias garrulus</i> Blauracke	<i>Saxicola torquata</i> Schwarzkehlchen
<i>Upupidae</i> Wiedehopfe	<i>Oenanthe oenanthe</i> Steinschmätzer
<i>Upupa epops</i> Wiedehopf	<i>Oenanthe pleschanka</i> (leucomela) Nonnensteinschmätzer
Piciformes Spechtvögel	<i>Oenanthe hispanica</i> Mittelmeersteinschmätzer
alle Arten	<i>Oenanthe isabellina</i> Isabellsteinschmätzer
Passeriformes Sperlingsvögel	<i>Oenanthe leucura</i> Trauersteinschmätzer
<i>Alaudidae</i> Lerchen	<i>Cercotrichas galactotes</i> Heckensänger
<i>Calandrella brachydactyla</i> Kurzzeheulerche	<i>Monticola saxatilis</i> Steinrötel
<i>Calandrella rufescens</i> Stummellerche	<i>Monticola solitarius</i> Blaumerle
<i>Melanocorypha calandra</i> Kalandarlerche	<i>Phoenicurus ochruros</i> Hausrotschwanz
<i>Melanocorypha leucoptera</i> Weißflügellerche	<i>Phoenicurus phoenicurus</i> Gartenrotschwanz
<i>Melanocorypha yeltoniensis</i> Mohrenlerche	<i>Erithacus rubecula</i> Rotkehlchen
<i>Galerida theklae</i> Theklalerche	<i>Luscinia megarhynchos</i> Nachtigall
<i>Eremophila alpestris</i> Ohrenlerche	<i>Luscinia luscinia</i> Sprosser
<i>Hirundinidae</i> Schwalben	<i>Luscinia (Cyanosylvia) svecica</i> Blaukehlchen
alle Arten	<i>Tarsiger cyanurus</i> Blauschwanz
<i>Motacillidae</i> Stelzen	<i>Sylviinae</i> Grasmücken
alle Arten	alle Arten
<i>Laniidae</i> Würger	<i>Regulinae</i> Goldhähnchen
alle Arten	alle Arten
<i>Bombycillidae</i> Seidenschwänze	<i>Muscicapinae</i> Eigentliche Fliegenschnäpper
<i>Bombycilla garrulus</i> Seidenschwanz	alle Arten
<i>Cinclidae</i> Wasseramseln	<i>Timaliinae</i> Timalien
<i>Cinclus cinclus</i> Wasseramsel	<i>Panurus biarmicus</i> Bartmeise
<i>Troglodytidae</i> Zaunkönige	<i>Paridae</i> Meisen
<i>Troglodytes troglodytes</i> Zaunkönig	alle Arten
	<i>Sittidae</i> Spechtmeisen
	alle Arten

Certhiidae

Baumläufer

alle Arten

Emberizidae

Ammern

Emberiza citrinella
 Goldammer
Emberiza leucocephala
 Fichtenammer
Emberiza cirlus
 Zaunammer
Emberiza cineracea
 KleinasiatISChe Ammer
Emberiza caesia
 Grauer Ortolan
Emberiza cia
 Zippammer
Emberiza schoeniclus
 Rohammer
Emberiza melanocephala
 Kappenammer
Emberiza aureola
 Weidenammer
Emberiza pusilla
 Zwergammer
Emberiza rustica
 Waldammer
Plectrophenax nivalis
 Schneeammer
Calcarius lapponicus
 Spornammer

Fringillidae

Finken

Carduelis chloris
 Grünling
Carduelis carduelis
 Stieglitz
Carduelis spinus
 Zeisig
Carduelis flavirostris
 Berghänfling
Carduelis cannabina
 Hänfling
Carduelis flammea
 Birkenzeisig
Carduelis hornemanni
 Polarbirkenzeisig
Serinus citrinella
 Zitronengirlitz
Serinus serinus
 Girlitz
Loxia curvirostra
 Fichtenkreuzschnabel
Loxia pityopsittacus
 Kiefernkreuzschnabel
Loxia leucoptera
 Bindenkreuzschnabel
Pinicola enucleator
 Hakengimpel
Carpodacus erythrinus
 Karmingimpel
Rhodopechys githaginea
 Wüstengimpel
Coccothraustes coccothraustes
 Kernbeißer

Passeridae

Sperlinge

Petronia petronia
 Steinsperling
Montifringilla nivalis
 Schneefink

Sturnidae

Stare

Sturnus unicolor
 Einfarbstar
Sturnus roseus
 Rosenstar

Oriolidae

Pirole

Oriolus oriolus
 Pirol

Corvidae

Rabenvögel

Perisoreus infaustus
 Unglückshäher
Cyanopica cyanus
 Blauelster
Nucifraga caryocatactes
 Tannenhäher
Pyrrhocorax pyrrhocorax
 Alpenkrähe
Pyrrhocorax graculus
 Alpendohle

Reptilien (Reptilia)

Testudines
 Schildkröten

Testudinidae

Landschildkröten

Testudo hermanni
 Griechische Landschildkröte
Testudo graeca
 Maurische Landschildkröte
Testudo marginata
 Breitrandsschildkröte

Emydidae

Sumpfschildkröten

Emys orbicularis
 Europäische Sumpfschildkröte
Mauremys caspica
 Spanische Sumpfschildkröte

Dermodochelydidae

Lederschildkröten

Dermodochelys coriacea
 Lederschildkröte

Cheloniidae

Eigentliche Meeresschildkröten

Caretta caretta
 Unechte Karettschildkröte
Lepidochelys kempii
 Bastard-Schildkröte
Chelonia mydas
 Pazifische Sumpfschildkröte
Eretmodochelys imbricata
 Echte Karettschildkröte

Sauria	Vipera lebetina
Echsen	Levante-Otter
<i>Gekkonidae</i>	Vipera kaznakovi
Geckos	Kaukasus-Otter
Gymnodactylus (Cyrtodactylus) kotschyi	
Ägäischer Nacktfingergecko	
<i>Chamaeleonidae</i>	Lurche (Amphibia)
Chamäleons	Caudata
Chamaeleo chamaeleon	Schwanzlurche
Gewöhnliches Chamäleon	<i>Salamandridae</i>
<i>Lacertidae</i>	Salamander und Wassermolche
Eidechsen	Salamandra (Mertensiella) luschani
Algyroides marchi	Lycischer Salamander
Spanische Kieleidechse	Salamandrina terdigitata
Lacerta lepida	Brillensalamander
Perleidechse	Chioglossa lusitanica
Lacerta parva	Goldstreifensalamander
Zwerg-Zauneidechse	Triturus cristatus
Lacerta simonyi	Kamm-Molch
Hierro-Rieseneidechse	<i>Proteidae</i>
Lacerta princeps	Olme
Zagros-Eidechse	Proteus anguineus
Lacerta viridis	Grottenolm
Smaragdeidechse	Salientia
Podarcis muralis	Froschlurche
Gewöhnliche Mauereidechse	<i>Discoglossidae</i>
Podarcis lilfordi	Scheibenzüngler
Balearen-Eidechse	Bombina variegata
Podarcis sicula	Gelbbauchunke
Ruinen-Eidechse	Bombina bombina
Podarcis filfolensis	Rotbauchunke
Malta-Eidechse	Alytes obstetricans
<i>Scincidae</i>	Geburtshelferkröte
Skinke (Glattechsen)	Alytes cisternasii
Ablepharus kitaibelii	Iberische Geburtshelferkröte
Johannisechse	<i>Pelobatidae</i>
Serpentes	Krötenfrösche
Schlangen	Pelobates cultripipes
<i>Colubridae</i>	Messerfuß
Nattern	Pelobates fuscus
Coluber hippocrepis	Knoblauchkröte
Hufeisennatter	<i>Bufo</i>
Elaphe situla	Kröten
Leopardnatter	Bufo calamita
Elaphe quatuorlineata	Kreuzkröte
Vierstreifennatter	Bufo viridis
Elaphe longissima	Wechselkröte
Äskulapnatter	<i>Hylidae</i>
Coronella austriaca	Laubfrösche (Baumfrösche)
Schlingnatter	Hyla arborea
<i>Viperidae</i>	Laubfrosch
Vipern	<i>Ranidae</i>
Vipera ursinii	Echte Frösche
Spitzkopf- oder Wiesenotter	Rana arvalis
Vipera latastei	Moorfrosch
Stülpnasenotter	Rana dalmatina
Vipera ammodytes	Springfrosch
Sandotter	Rana latastei
Vipera xanthina	Italienfrosch
Bergotter	

Anhang III Geschützte Tierarten

Säugetiere (Mammalia)

Insectivora

Insektenfresser

Erinaceidae

Igel

Erinaceus europaeus

Igel

Soricidae

Spitzmäuse

alle Arten

Chiroptera

Fledertiere

Vespertilionidae

Glattnasen

Pipistrellus pipistrellus

Zwergfledermaus

Lagomorpha

Hasentiere

Leporidae

Hasenartige

Lepus timidus

Schneehase

Lepus capensis (europaeus)

Feldhase

Rodentia

Nagetiere

Sciuridae

Hörnchen

Sciurus vulgaris

Eichhörnchen

Marmota marmota

Alpenmurmeltier

Castoridae

Biberartige

Castor fiber

Biber

Gliridae

Schläfer

alle Arten

Arvicolidae

Wühlmäuse

Microtus ratticeps (oeconomus)

Nördliche Wühlmaus

Microtus nivalis (lebrunii)

Schneemaus

Cetacea

Wale

alle nicht in Anhang II aufgeführten Arten

Carnivora

Raubtiere

Mustelidae

Marderartige

Meles meles

Europäischer Dachs

Mustela erminea

Hermelin

Mustela nivalis

Mauswiesel

Putorius (Mustela) putorius

Europäischer Iltis

Martes martes

Baumarder

Martes foina

Steinarder

Viverridae

Schleichkatzenartige

alle Arten

Felidae

Katzenartige

Felis catus (silvestris)

Waldkatze

Lynx lynx

Nordluchs

Phocidae

Hundsrobben

Phoca vitulina

Seehund

Pusa (Phoca) hispida

Eismeer-Ringelrobbe

Pagophilus groenlandicus (Phoca groenlandica)

Sattelrobbe

Erignathus barbatus

Bartribbe

Halichoerus grypus

Kegelrobbe

Cystophora cristata

Klappmütze

Artiodactyla

Paarhufer

Suidae

Schweine

Sus scrofa meridionalis

Südeuropäisches Wildschwein

Cervidae

Hirschartige

alle Arten

Bovidae

Hornträger

Ovis aries (musimon, ammon)

Mufflon

Capra ibex

Alpensteinbock

Capra pyrenaica

Iberiensteinbock

Rupicapra rupicapra

Gemse

Vögel (Aves)

Alle nicht in Anhang II aufgeführten Arten außer:

Larus marinus

Mantelmöwe

Larus fuscus
 Heringsmöwe
 Larus argentatus
 Silbermöwe
 Columba palumbus
 Ringeltaube
 Passer domesticus
 Haussperling
 Sturnus vulgaris
 Star
 Garrulus glandarius
 Eichelhäher
 Pica pica
 Elster

Corvus monedula
 Dohle
 Corvus frugilegus
 Saatkrähe
 Corvus corone (corone und cornix)
 Rabenkrähe/Nebelkrähe

Reptilien (Reptilia)

Alle nicht in Anhang II aufgeführten Arten

Lurche (Amphibia)

Alle nicht in Anhang II aufgeführten Arten

Anhang IV

Verbotene Mittel und Methoden des Tötens, Fangens und anderer Formen der Nutzung

Säugetiere	Vögel
Schlingen	Schlingen ¹⁾
als Lockmittel verwendete geblendete oder verstümmelte lebende Tiere	Leimruten
Tonbandgeräte	Haken
elektrische Geräte, die töten oder betäuben können	als Lockmittel verwendete geblendete oder verstümmelte lebende Vögel
künstliche Lichtquellen	Tonbandgeräte
Spiegel und andere blendende Vorrichtungen	elektrische Geräte, die töten oder betäuben können
Vorrichtungen zur Beleuchtung der Ziele	künstliche Lichtquellen
Visiervorrichtungen für das Schießen bei Nacht mit elektronischem Bildverstärker oder Bildumwandler	Spiegel und andere blendende Vorrichtungen
Sprengstoffe ¹⁾	Vorrichtungen zur Beleuchtung der Ziele
Netze ²⁾	Visiervorrichtungen für das Schießen bei Nacht mit elektronischem Bildverstärker oder Bildumwandler
Fallen ²⁾	Sprengstoffe
Gift und vergiftete oder betäubende Köder	Netze
Begasen und Ausräuchern	Fallen
halbautomatische oder automatische Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann	Gift und vergiftete oder betäubende Köder
Flugzeuge	halbautomatische oder automatische Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann
fahrende Kraftfahrzeuge	Flugzeuge
	fahrende Kraftfahrzeuge

¹⁾ außer für den Walfang

²⁾ soweit Tiere in größeren Mengen und/oder wahllos gefangen oder getötet werden

¹⁾ außer Lagopus nördlich des 58. Breitengrads N

Gesetz
zu dem Abkommen vom 27. Januar 1983
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Paraguay
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
der Einkünfte aus dem Betrieb internationaler Luftverkehrsdienste

Vom 17. Juli 1984

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Asunción am 27. Januar 1983 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Paraguay zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Einkünfte aus dem Betrieb internationaler Luftverkehrsdienste wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 7 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, sind bestandskräftig ergangene Steuerfestsetzungen zu ändern oder aufzuheben.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 7 Abs. 2 des Abkom-

mens für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Abkommens bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Paraguay insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag erstattet oder nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 7 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 17. Juli 1984

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Paraguay
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
der Einkünfte aus dem Betrieb internationaler Luftverkehrsdienste**

**Convenio
entre la República Federal de Alemania y la República del Paraguay
para evitar la doble imposición
en materia de ingresos procedentes de la explotación de líneas internacionales
de transporte aéreo**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Paraguay –

La República Federal de Alemania
y
la República del Paraguay

von dem Wunsch geleitet, die Doppelbesteuerung der Einkünfte aus dem Betrieb internationaler Luftverkehrsdienste zu vermeiden –

deseando evitar la doble imposición en materia de ingresos procedentes de la explotación de líneas internacionales de transporte aéreo,

sind wie folgt übereingekommen:

han convenido lo siguiente:

Artikel 1

Im Sinne dieses Abkommens

1. bedeutet der Ausdruck „Vertragsstaat“ die Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise die Republik Paraguay;
2. bedeutet der Ausdruck „Betrieb internationaler Luftverkehrsdienste“ die auf dem Luftweg erfolgende gewerbliche Beförderung von Personen, Tieren, Waren und Post einschließlich des Verkaufs von Flugtickets und ähnlichen Dokumenten durch ein Unternehmen, dessen Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung in einem der Vertragsstaaten gelegen ist, mit Ausnahme der Fälle, in denen diese Dienste lediglich zwischen im anderen Vertragsstaat gelegenen Punkten betrieben werden;
3. bedeutet der Ausdruck „Luftfahrtunternehmen“ juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts der Vertragsstaaten, die den Betrieb internationaler Luftverkehrsdienste mit eigenen oder von ihnen gecharterten Luftfahrzeugen durchführen;
4. bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“:
in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
den Bundesminister der Finanzen,
in bezug auf die Republik Paraguay
das Ministerium der Finanzen.

Artikel 2

Dieses Abkommen gilt für folgende Luftfahrtunternehmen:

in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
für das deutsche Luftfahrtunternehmen, dessen Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung in der Bundesrepublik Deutsch-

Artículo 1

Para los efectos del presente Convenio,

1. la expresión “Estado Contratante” significa la República del Paraguay o la República Federal de Alemania;
2. la expresión “explotación de líneas internacionales de transporte aéreo” significa el transporte aéreo, con fines comerciales, de personas, animales, mercancías y correo, incluida la venta de billetes de pasaje y documentos análogos, por una empresa que tenga su gerencia efectiva en un lugar situado en uno de los Estados Contratantes, exceptuados los casos en que estas líneas de transporte funcionen solamente entre puntos situados en el otro Estado Contratante;
3. la expresión “empresa de transporte aéreo”, significa las personas jurídicas de derecho privado o público de los Estados Contratantes, que explotan líneas internacionales de transporte aéreo con aeronaves propias o por ellas fletadas;
4. la expresión “autoridad competente” significa:
en el caso de la República del Paraguay
el Ministerio de Hacienda,
en el caso de la República Federal de Alemania
el Ministro Federal de Finanzas.

Artículo 2

El presente Convenio rige para las siguientes empresas de transporte aéreo:

en el caso de la República del Paraguay, para Líneas Aéreas Paraguayas (LAP), o cualquier empresa de transporte aéreo

land gelegen ist und das im Rahmen des zwischen den beiden Vertragsstaaten am 26. November 1974 geschlossenen Luftverkehrsabkommens zugelassen ist;

in bezug auf die Republik Paraguay

für die Líneas Aéreas Paraguayas (LAP) oder für jedes andere von den zuständigen Behörden benannte paraguayische Luftfahrtunternehmen, das im Rahmen des zwischen den beiden Vertragsstaaten am 26. November 1974 geschlossenen Luftverkehrsabkommens zugelassen ist.

Artikel 3

Jeder Vertragsstaat befreit das in Artikel 2 genannte Verkehrsunternehmen des anderen Vertragsstaats von folgenden Steuern und sonstigen Abgaben:

die Bundesrepublik Deutschland

von der Körperschaftsteuer,

von der Vermögensteuer,

von der Gewerbesteuer,

die Republik Paraguay

von der Einkommensteuer einschließlich der Steuer von Einkommen, deren Bezieher nicht über einen Wohnsitz im Lande verfügen,

von der Körperschaftsteuer (impuesto a determinadas entidades económicas),

von der Gewerbesteuer (impuesto de patentes fiscales),

von der Stempelpapier- und Stempelsteuer (Gesetz 1003/64).

Artikel 4

(1) Dieses Abkommen gilt ebenfalls für Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die nachträglich zu den in Artikel 3 genannten Steuern hinzukommen oder an deren Stelle treten.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander erforderlichenfalls Änderungen ihrer jeweiligen Steuergesetze zum Zeitpunkt der Verkündung mit.

Artikel 5

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten stimmen sich erforderlichenfalls miteinander ab, um im gegenseitigen Einvernehmen eine sachgemäße Anwendung dieses Abkommens sicherzustellen oder jede von der einen oder anderen Seite für notwendig erachtete Änderung zu prüfen.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Paraguay innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist rückwirkend ab 1. Januar 1979 anzuwenden.

Artikel 8

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft; jedoch hat jeder Vertragsstaat die Möglichkeit, das Abkommen zu kündigen; die Kündigung ist unter Einhaltung einer

paraguaya designada por las Autoridades competentes, en el marco del Acuerdo sobre Transporte Aéreo concertado entre ambos Estados Contratantes, el 26 de noviembre de 1974,

en el caso de la República Federal de Alemania, para la empresa de transporte aéreo alemana que tenga su gerencia efectiva en un lugar situado en la República Federal de Alemania y que esté autorizada en el marco del Acuerdo sobre Transporte Aéreo concertado entre ambos Estados Contratantes, el 26 de noviembre de 1974.

Artículo 3

Cada Estado Contratante eximirá a la empresa del otro mencionada en el Artículo 2 de los siguientes impuestos y demás gravámenes:

la República del Paraguay

del impuesto a la renta, inclusive el impuesto a beneficiarios de rentas sin domicilio en el país,

del impuesto a determinadas entidades económicas,

del impuesto de patentes fiscales, y

del impuesto en papel sellado y estampillas (Ley 1003/64),

la República Federal de Alemania

del impuesto sobre sociedades,

del impuesto sobre el patrimonio,

del impuesto sobre las explotaciones industriales y comerciales.

Artículo 4

1. El presente Convenio se aplicará también a los futuros impuestos de idéntica o análoga naturaleza que se añadan a los mencionados en el Artículo 3, o que los sustituyan.

2. Las autoridades competentes de los Estados Contratantes se notificarán recíprocamente, en caso necesario, en el momento de su promulgación, las modificaciones de sus respectivas legislaciones fiscales.

Artículo 5

Las autoridades competentes de los Estados Contratantes se pondrán de acuerdo entre sí, en caso necesario, para asegurar de mutua conformidad una adecuada aplicación del presente Convenio, o para examinar una modificación considerada como necesaria por una de las Partes.

Artículo 6

El presente Convenio se aplicará también al Land Berlin, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República del Paraguay dentro de los tres meses siguientes a la entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo 7

1. El presente Convenio será ratificado. Los instrumentos de ratificación serán intercambiados en Bonn a la brevedad posible.

2. El presente Convenio entrará en vigor treinta días después del intercambio de los instrumentos de ratificación y se aplicará con efecto retroactivo a partir del 1º de enero de 1979.

Artículo 8

El presente Convenio permanecerá en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes podrá denunciarlo. La denuncia deberá notificarse por vía diplomá-

Frist von sechs Monaten auf dem diplomatischen Weg zu notifizieren, damit sie ab 1. Januar des folgenden Kalenderjahres für die auf diesen Zeitraum entfallenden Steuern und sonstigen Abgaben wirksam wird.

tica con un preaviso de seis meses, de modo que comience a surtir efecto a partir del 1º de enero del siguiente año calendario para los impuestos y demás gravámenes correspondientes a este periodo.

Geschehen zu Asunción am 27. Januar 1983 in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Asunción, a los veinte y siete días del mes de enero del año mil novecientos ochenta y tres, en dos ejemplares en lengua alemana y española, siendo ambos textos igualmente válidos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania
Walter L. Groener

Für die Republik Paraguay
Por la República del Paraguay
Alberto Nogues

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens
über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen
Vom 29. Mai 1984**

I.

Nach Artikel 8 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Februar 1983 zu dem Übereinkommen vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen (BGBl. 1983 II S. 62) wird bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 49 Abs. 1 für die

Bundesrepublik Deutschland am 6. Oktober 1983
in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde ist am 6. April 1983 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärungen abgegeben:

- „1. Für die Zwecke des Verhaltenskodex kann der Begriff „nationale Linienreederei“ im Falle eines Mitgliedstaats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft jede gemäß dem EWG-Vertrag im Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats niedergelassene Linienreederei, die Schiffe betreibt, umfassen.
2. a) Vorbehaltlich Buchstabe b) wird Artikel 2 des Verhaltenskodex im Konferenzverkehr zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und – auf der Grundlage der Gegenseitigkeit – zwischen Mitgliedstaaten und anderen OECD-Ländern, die Vertragsparteien des Kodex sind, nicht angewandt.
b) Buchstabe a) steht dem nicht entgegen, daß Linienreedereien eines Entwicklungslandes, die als nationale Linienreedereien im Sinne des Verhaltenskodex anerkannt sind und die
 - i) bereits Mitglieder einer den betreffenden Verkehr bedienenden Konferenz sind oder
 - ii) zu einer solchen Konferenz nach Artikel 1 Absatz 3 des Kodex zugelassen werden,gemäß den in Artikel 2 des Kodex aufgestellten Grundsätzen als Drittland-Linienreedereien an diesem Verkehr teilnehmen können.

3. Artikel 3 und Artikel 14 Absatz 9 des Verhaltenskodex werden im Konferenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und – auf der Grundlage der Gegenseitigkeit – zwischen diesen Staaten und den anderen OECD-Ländern, die Vertragsparteien des Kodex sind, nicht angewandt.
4. Bei dem unter Artikel 3 des Verhaltenskodex fallenden Verkehr wird der letzte Satz des Artikels dahingehend ausgelegt, daß
 - a) die beiden Gruppen nationaler Linienreedereien ihren Standpunkt vor der Abstimmung über Fragen betreffend den Verkehr zwischen ihren beiden Ländern koordinieren;
 - b) dieser Satz nicht für alle im Konferenzabkommen geregelten Fragen gilt, sondern nur für diejenigen, die nach dem Konferenzabkommen der Zustimmung der beiden Gruppen nationaler Linienreedereien bedürfen.
5. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird im Einklang mit der von der Bevollmächtigtenkonferenz angenommenen Entschließung über Linienreedereien, die keiner Konferenz angehören, solche Linienreedereien an der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht hindern, solange sie unter Einhaltung des Grundsatzes des lauterer Wettbewerbs mit den Konferenzen auf kaufmännischer Grundlage konkurrieren. Sie bekräftigt ihre Absicht, in Übereinstimmung mit der genannten Entschließung zu handeln.“

II.

Das Übereinkommen ist ferner für die
 Deutsche Demokratische Republik am 6. Oktober 1983
 in Kraft getreten.

Die Deutsche Demokratische Republik hat bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärung abgegeben:

„Die Deutsche Demokratische Republik erklärt, daß die Bestimmungen der Konvention über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen nicht auf Gemeinschaftslinien angewendet werden, die auf der Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen für die Realisierung des zweiseitigen gemeinsamen Warenaustausches der entsprechenden Staaten geschaffen wurden.“

III.

Das Übereinkommen ist weiterhin am 6. Oktober 1983 in Kraft getreten für:

Ägypten
 Äthiopien
 Bangladesch
 Barbados
 Benin
 Bulgarien

Bulgarien hat beim Beitritt folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„The Government of the People's Republic of Bulgaria considers that the definition of liner conference does not include joint bilateral lines operating on the basis of inter-governmental agreements.“

„Die Regierung der Volksrepublik Bulgarien vertritt die Auffassung, daß die Begriffsbestimmung der Linienkonferenz keine bilateralen Gemeinschaftsliniendienste umfaßt, die auf der Grundlage zwischenstaatlicher Übereinkünfte arbeiten.“

With regard to the text of point 2 of the annex to resolution I, adopted on 6 April 1974, the Government of the People's Republic of Bulgaria considers that the provisions of the Convention on a Code of Conduct for Liner Conferences do not cover the activities of non-conference shipping lines.“

Hinsichtlich des Wortlauts der Nummer 2 der Anlage der Entschließung I vom 6. April 1974 vertritt die Regierung der Volksrepublik Bulgarien die Auffassung, daß sich das Übereinkommen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen nicht auf die Betätigung von Linienreedereien bezieht, die keiner Konferenz angehören.“

Chile

China

China hat beim Beitritt folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„The joint shipping services established between the People's Republic of China and any other country through consultations and on a basis that the parties concerned may deem appropriate, are totally different from liner conferences in nature, and the provisions of the United Nations Convention on a Code of Conduct for Liner Conferences shall not be applicable thereto.“

„Die zwischen der Volksrepublik China und einem anderen Land durch Konsultationen und auf einer von den betreffenden Parteien für zweckmäßig erachteten Grundlage eingerichteten Gemeinschaftsdienste sind ihrer Art nach völlig verschieden von Linienkonferenzen; das Übereinkommen der Vereinten Nationen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ist auf sie nicht anwendbar.“

Costa Rica

Elfenbeinküste

Gabun

Gambia

Ghana

Guatemala

Guinea

Guyana

Honduras

Indien

Indien hat bei der Ratifikation folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„In confirmation of paragraph (2) of the statement filed by the Representative of India on behalf of the Group of 77 on 8 April 1974 at the United Nations Conference of Plenipotentiaries on a Code of Conduct for Liner Conferences, it is the understanding of the Government of India that the inter-governmental shipping services established in accordance with inter-governmental agreements fall outside the purview of the Convention on the Code of Conduct for Liner Conferences regardless of the origin of the cargo, their destination or the use for which they are intended.“

„In Bekräftigung des Absatzes 2 der vom Vertreter Indiens im Namen der Gruppe 77 am 8. April 1974 auf der Bevollmächtigtenkonferenz der Vereinten Nationen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen abgegebenen Erklärung vertritt die Regierung von Indien die Auffassung, daß die nach Maßgabe zwischenstaatlicher Übereinkünfte eingerichteten zwischenstaatlichen Schifffahrtssdienste nicht in den Geltungsbereich des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen fallen, unabhängig von der Herkunft der Ladung, ihrem Bestimmungsort oder dem vorgesehenen Verwendungszweck.“

Indonesien

Irak

Jamaika

Jordanien

Jugoslawien

Kamerun

Kap Verde

Kenia

Kongo

Korea, Republik

Kuba

Kuba hat beim Beitritt folgenden Vorbehalt und folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

Reservation:

„The Republic of Cuba enters a reservation concerning the provisions of article 2, paragraph 17, of the Convention, to the effect that Cuba will not apply said para-

Vorbehalt:

„Die Republik Kuba bringt einen Vorbehalt betreffend Artikel 2 Absatz 17 des Übereinkommens dahingehend an, daß Kuba diesen Absatz nicht auf Güter

graph to goods carried by joint liner services for the carriage of any cargo, established in accordance with inter-governmental agreements, regardless of their origin, their destination or the use for which they are intended.

Declaration:

With regard to the definitions in the first paragraph of part one, chapter I, the Republic of Cuba does not accept the inclusion in the concept of 'Liner conference or conference' of joint liner services for the carriage of any type of cargo, established in accordance with inter-governmental agreements."

Libanon
Madagaskar
Malaysia
Mali
Marokko
Mauritius
Mexiko
Niederlande

Die Niederlande haben beim Beitritt folgende Erklärungen abgegeben:

Die Beitrittsurkunde der Regierung der Niederlande enthält eine Erklärung des Inhalts, daß sie nur für das Königreich in Europa gilt. Die Urkunde enthält ferner folgende Vorbehalte:

(Übersetzung)

"1. For the purposes of the Code of Conduct, the term 'national shipping line' may, in the case of a Member State of the European Economic Community, include any vessel operating shipping line established on the territory of such Member State in accordance with the EEC Treaty.

2. (a) Without prejudice to point (b) of this reservation, Article 2 of the Code of Conduct shall not be applied in conference trades between the Member States of the European Economic Community or, on a reciprocal basis, between such States and the other OECD countries which are parties to the Code.

(b) Point (a) shall not affect the opportunities for participation as third country shipping lines in such trades, in accordance with the principles reflected in Article 2 of the Code, of the shipping lines of a developing country which are recognized as national shipping lines under the Code and which are:

- (i) already members of a conference serving these trades; or
- (ii) admitted to such a conference under Article 1 (3) of the Code.

– unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Bestimmungsort oder dem vorgesehenen Verwendungszweck – anwenden wird, die durch nach Maßgabe zwischenstaatlicher Übereinkünfte zur Beförderung von Ladung eingerichtete Gemeinschafts-liniendienste befördert werden.

Erklärung:

Hinsichtlich der Begriffsbestimmungen in Teil eins Kapitel I Absatz 1 ist die Republik Kuba nicht damit einverstanden, daß nach Maßgabe zwischenstaatlicher Übereinkünfte zur Beförderung jeder Art von Ladung eingerichtete Gemeinschafts-liniendienste in den Begriff 'Linienkonferenz oder Konferenz' einbezogen werden."

„1. Für die Zwecke des Verhaltenskodex kann der Begriff 'nationale Linienreederei' im Fall eines Mitgliedstaats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft jede nach Maßgabe des EWG-Vertrags im Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats niedergelassene Linienreederei, die Schiffe betreibt, umfassen.

2. a) Unbeschadet des Buchstabens b dieses Vorbehalts wird Artikel 2 des Verhaltenskodex im Konferenzverkehr zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder – auf der Grundlage der Gegenseitigkeit – zwischen diesen Staaten und anderen OECD-Ländern, die Vertragsparteien des Kodex sind, nicht angewandt.

b) Buchstabe a steht dem nicht entgegen, daß Linienreedereien eines Entwicklungslands, die als nationale Linienreedereien im Sinne des Kodex anerkannt sind und die

- i) bereits Mitglieder einer den betreffenden Verkehr bedienenden Konferenz sind oder
- ii) zu einer solchen Konferenz nach Artikel 1 Absatz 3 des Kodex zugelassen werden,

nach den in Artikel 2 des Kodex aufgestellten Grundsätzen als Drittland-Linienreedereien an diesem Verkehr teilnehmen können.

3. Articles 3 and 14 (9) of the Code of Conduct shall not be applied in conference trades between the Member States of the European Economic Community or, on a reciprocal basis, between such States and the other OECD countries which are parties to the Code.

3. Artikel 3 und Artikel 14 Absatz 9 des Verhaltenskodex werden im Konferenzverkehr zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder – auf der Grundlage der Gegenseitigkeit – zwischen diesen Staaten und anderen OECD-Ländern, die Vertragsparteien des Kodex sind, nicht angewandt.

4. In trades to which Article 3 of the Code of Conduct applies, the last sentence of that Article is interpreted as meaning that:

4. Bei dem unter Artikel 3 des Verhaltenskodex fallenden Verkehr wird der letzte Satz des Artikels dahingehend ausgelegt, daß

(a) the two groups of national shipping lines will coordinate their positions before voting on matters concerning the trade between their two countries;

a) die beiden Gruppen nationaler Linienreedereien ihren Standpunkt vor der Abstimmung über Gegenstände betreffend den Verkehr zwischen ihren beiden Ländern koordinieren;

(b) this sentence applies solely to matters which the conference agreement identifies as requiring the assent of both groups of national shipping lines concerned, and not to all matters covered by the conference agreement."

b) dieser Satz nicht für alle im Konferenzvertrag geregelten Gegenstände gilt, sondern nur für diejenigen, die nach dem Konferenzvertrag der Zustimmung der beiden Gruppen der betreffenden nationalen Linienreedereien bedürfen."

Finally, the instrument of accession is accompanied with the following declaration:

Der Beitrittsurkunde war schließlich folgende Erklärung beigelegt:

(Übersetzung)

"[The Government of the Kingdom of the Netherlands]

„[Die Regierung des Königreichs der Niederlande]

– will not prevent non-conference lines from operating as long as they compete with conferences on a commercial basis while adhering to the principle of fair competition, in accordance with the Resolution on non-conference lines adopted by the Conference of Plenipotentiaries;

– wird im Einklang mit der von der Bevollmächtigtenkonferenz angenommenen EntschlieÙung über Linienreedereien, die keiner Konferenz angehören, solche Linienreedereien an der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht hindern, solange sie unter Einhaltung des Grundsatzes des lautereren Wettbewerbs mit den Konferenzen auf kaufmännischer Grundlage im Wettbewerb stehen

– confirm its intention of acting in accordance with the said Resolution."

– bekräftigt ihre Absicht, im Einklang mit der genannten EntschlieÙung zu handeln."

Niger

Nigeria

Pakistan

Peru

Peru hat beim Beitritt folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

"The Government of Peru does not regard itself as being bound by the provisions of chapter II, article 2, paragraph 4, of the Convention."

„Die Regierung von Peru betrachtet sich durch Kapitel II Artikel 2 Absatz 4 des Übereinkommens nicht als gebunden."

Philippinen

Rumänien

Senegal

Sierra Leone

Sowjetunion

Die Sowjetunion hat bei der Annahme folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

"The Government of the Union of Soviet Socialist Republics considers that the provisions of the Convention on a Code of Conduct for Liner Conferences do not apply to joint shipping lines established on the basis of inter-governmental agreements to serve bilateral trade between the countries concerned."

„Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vertritt die Auffassung, daß das Übereinkommen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen nicht auf gemeinschaftliche Schifffahrtslinien anzuwenden ist, die auf der Grundlage zwischenstaatlicher Übereinkünfte zur Bedienung des bilateralen Handels zwischen den betreffenden Ländern eingerichtet werden.“

Sri Lanka
Sudan
Tansania
Togo
Tschechoslowakei
Tunesien
Uruguay
Venezuela
Zaire
Zentralafrikanische Republik

IV.

Ferner ist das Übereinkommen für
Trinidad und Tobago
in Kraft getreten.

am 3. Februar 1984

Bonn, den 29. Mai 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lautenschlager

Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
In Vertretung
Rehlinger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft
zum Schutz des gewerblichen Eigentums
Vom 14. Juni 1984**

Die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Fassung der Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums (BGBl. 1970 II S. 293, 391) wird mit Ausnahme der Artikel 1 bis 12 nach ihrem Artikel 20 Abs. 2 Buchstabe c und Abs. 3 für

Neuseeland am 20. Juni 1984
in Kraft treten.

Neuseeland hat bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde nach Artikel 24 Abs. 1 der Übereinkunft erklärt, daß die Übereinkunft, ebenfalls mit Ausnahme der Artikel 1 bis 12, auf die Cookinseln, Niue und Tokelau anwendbar sei. Nach Artikel 24 Abs. 3 Buchstabe a der Übereinkunft wird die Erstreckung

am 20. Juni 1984
wirksam.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Februar 1984 (BGBl. II S. 226).

Bonn, den 14. Juni 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
zu dem Welturheberrechtsabkommen
Vom 14. Juni 1984**

Tunesien hat am 18. Januar 1984 gemäß Artikel V^{bis} Abs. 2 des in Paris am 24. Juli 1971 revidierten Welturheberrechtsabkommens (BGBl. 1973 II S. 1069, 1111) erklärt, daß es die in den Artikeln V^{ter} und V^{quater} des Abkommens vorgesehenen Ausnahmen für weitere zehn Jahre in Anspruch nimmt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 10. Juli 1975 (BGBl. II S. 1120) und vom 13. Februar 1984 (BGBl. II S. 208).

Bonn, den 14. Juni 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum
Vom 15. Juni 1984**

Das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (BGBl. 1970 II S. 293, 295) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Neuseeland am 14. Juni 1984
in Kraft getreten.

Neuseeland hat bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde erklärt, daß das Übereinkommen auf die Cookinseln, Niue und Tokelau anwendbar sei. Die Erstreckung wurde

am 14. Juni 1984
wirksam.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Januar 1984 (BGBl. II S. 176).

Bonn, den 15. Juni 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
zu der Akte vom 28. Mai 1979
über die Bedingungen des Beitritts Griechenlands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und zur Europäischen Atomgemeinschaft und die Anpassung der Verträge
Vom 22. Juni 1984**

Nach einer Berichtigung durch den Verwahrstaat Italien muß es in der Akte vom 28. Mai 1979 über die Bedingungen des Beitritts der Republik Griechenland und die Anpassung der Verträge (BGBl. 1980 II S. 235) in Artikel 73 Abs. 1 letzter Satz statt „31. Januar 1982“ „31. Dezember 1982“ heißen.

Diese Bekanntmachung erfolgt im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Januar 1981 (BGBl. II S. 15).

Bonn, den 22. Juni 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Vertrages
über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten
bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums
einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper**

Vom 25. Juni 1984

Der Vertrag vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (BGBl. 1969 II S. 1967) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 4 für

China am 30. Dezember 1983
in Kraft getreten.

China hat seine Ratifikationsurkunde am 30. Dezember 1983 in Washington, am 6. Januar 1984 in Moskau und am 12. Januar 1984 in London hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. April 1982 (BGBl. II S. 520).

Bonn, den 25. Juni 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Patentrechtsabkommens**

Vom 27. Juni 1984

Der Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens – Patentrechtsabkommen – (BGBl. 1976 II S. 649, 664) wird nach seinem Artikel 63 Abs. 2 für

die Republik Korea am 10. August 1984
in Kraft treten.

Die Republik Korea hat bei Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde eine Erklärung nach Artikel 64 Abs. 1 des Patentrechtsabkommens abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. März 1984 (BGBl. II S. 326).

Bonn, den 27. Juni 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO)
über die Gestellung von Beigeordneten Sachverständigen**

Vom 28. Juni 1984

Das in Genf am 8. Mai 1984 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) über die Gestellung von Beigeordneten Sachverständigen ist

am 8. Mai 1984

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Juni 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO)
über die Gestellung von Beigeordneten Sachverständigen**

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) im Zusammenhang mit dem Programm der WMO für technische Hilfe oder mit Projekten, für die der WMO die Trägerschaft übertragen wurde, in Übereinstimmung mit folgenden Grundsätzen Beigeordnete Sachverständige zur Verfügung zu stellen:
 - a) Ein Beigeordneter Sachverständiger ist eine Person mit geeigneter Schulbildung und beruflicher Qualifikation auf einem oder mehreren technischen Gebieten der Meteorologie, dem jedoch die ausreichende praktische Erfahrung fehlt, um als Sachverständiger nach den Einstellungsrichtlinien der WMO für den Außendienst zum Einsatz in Projekten der technischen Hilfe eingestuft zu werden; wenn eine solche Person von der WMO beschäftigt wird, sollte sie einem internationalen Sachverständigen zur Unterstützung seiner Arbeit im Außendienst unmittelbar unterstellt werden.
 - b) Beigeordnete Sachverständige werden der WMO auf Grund von Einzelanträgen aus Gastländern zur Verfügung gestellt und werden zur Unterstützung der Sachverständigen der WMO eingesetzt. Ein Beigeordneter Sachverständiger wird nicht ohne die vorherige Zustimmung des Gastlandes entsandt, beziehungsweise ohne dessen Billigung im Lande bleiben.
 - c) Beigeordnete Sachverständige werden nicht in Planstellen bei der Zentrale der WMO und der Regierung des Gastlandes eingewiesen.
 - d) Die endgültige Entscheidung über den Einsatz von Beigeordneten Sachverständigen liegt bei der WMO und der Regierung des Gastlandes.
 - e) Ebenso wie für internationale Beamte gelten für die Beigeordneten Sachverständigen während ihrer Tätigkeit im Dienste der WMO die Richtlinien und Bestimmungen der WMO für Mitarbeiter im Außendienst in Übereinstimmung mit ihren Berufungsschreiben, die von der WMO ausgestellt werden. Die Beigeordneten Sachverständigen werden aber von der in Staff Rule 206.1 vorgesehenen Mitgliedschaft im Pensionsfonds der Vereinten Nationen (UN-JSPF) ausgeschlossen.
 - f) Als internationale Beamte unterstehen die Beigeordneten Sachverständigen dem Generalsekretär der WMO und sind ihm bei der Ausführung ihrer Aufgaben verantwortlich. Beigeordnete Sachverständige holen keine Anweisungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben von irgendeiner Regierung einschließlich ihrer eigenen oder anderen Stellen außerhalb der WMO ein oder nehmen solche entgegen.
 - g) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland trägt alle feststellbaren Kosten wie Gehälter, Zulagen, Versicherung sowie Transportkosten nach und von dem Einsatzort im Einklang mit den Richtlinien und Bestimmungen der WMO für Mitarbeiter im Außendienst, einschließlich jeglicher Kosten, die durch die Anwendung von Anhang D dieser Richtlinien entstehen.
2. Die WMO verpflichtet sich, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Anträge auf Gestellung von Beigeordneten Sachverständigen vorzulegen, für die nach Ansicht der WMO geeignete Bewerber in der Bundesrepublik Deutschland gefunden werden können. In der Regel werden in jedem Antrag die vorgesehene Tätigkeit beschrieben und auch Name und Nationalität des Experten angegeben, dem der Bewerber beigeordnet werden soll.
3. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist nicht verpflichtet, eine bestimmte Anzahl von Beigeordneten

Sachverständigen innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu stellen. Sie bemüht sich, im Rahmen der Haushaltsmittel, die sie für diesen Zweck bereitzustellen als angemessen erachtet, geeignete Kandidaten für jeden Antrag zu finden, der ihr in Übereinstimmung mit Absatz 2 oben vorgelegt wird, und der WMO innerhalb eines angemessenen Zeitraumes das Ergebnis mitzuteilen.

4. Jeder Beigeordnete Sachverständige wird in der Regel für einen Zeitraum von 12 Monaten eingesetzt, doch kann dieser Zeitraum von der WMO im Einvernehmen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Gastland verlängert werden. Beigeordnete Sachverständige werden auf der Grundlage von Gehaltsstufe P 2 als hauptamtliche Mitarbeiter bei der WMO eingestellt.
5. Sobald ein Beigeordneter Sachverständiger von der WMO und dem Gastland angenommen und ein vorläufiges Datum für die Meldung zum Dienst festgesetzt worden ist, zahlt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Betrag, der voraussichtlich für den in Absatz 6 angegebenen Zweck benötigt wird, auf ein von der WMO bezeichnetes Konto ein. Soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist, wird der Betrag in US-Dollar oder, wenn das nicht geschieht, in einer anderen frei konvertierbaren Währung ausgezahlt; der tatsächliche Betrag wird in einem besonderen Briefwechsel zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der WMO festgelegt. Das gleiche Verfahren gilt in Fällen, in denen der Ersteinsatz eines Beigeordneten Sachverständigen gemäß Absatz 4 verlängert worden ist. Bei Beendigung des Einsatzes eines Beigeordneten Sachverständigen wird ein im Zusammenhang mit diesem Einsatz etwa bestehender Überschuß zur Verfügung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gestellt; umgekehrt wird ein im Zusammenhang mit diesem Einsatz entstehender Fehlbetrag von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf das von der WMO bezeichnete Konto eingezahlt.

Innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der vereinbarten Tätigkeit eines jeden Beigeordneten Sachverständigen legt die WMO die Abrechnung in Form von Kontoauszügen dem Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen, 6000 Frankfurt/Main, Bundesrepublik Deutschland, vor.

Die WMO bestätigt auf der Endabrechnung (zahlenmäßiger Nachweis) durch einen Vermerk, daß alle finanziellen Transaktionen im Rahmen der zweckgebundenen Sonderleistung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich

- in einem umfassenden internen Kontrollverfahren auf der Grundlage der für die WMO anwendbaren und gegenwärtig geltenden Finanzverwaltungsvorschriften geprüft worden und Gegenstand des internen und/oder externen Prüfungsverfahrens der WMO sind;

- korrekt nach den geltenden Finanzverwaltungsvorschriften der WMO abgewickelt worden sind.

Darüber hinaus wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Kopie des Rechnungsprüfungsberichts des externen Prüfers der Vereinten Nationen (External Auditor) mit Stellungnahme zur Verfügung gestellt, soweit darin Ausführungen zu der zweckgebundenen Sonderleistung enthalten sind.

6. Die WMO zahlt zu Lasten des angegebenen Kontos die folgenden Ausgaben, die unmittelbar aus dem Einsatz des Beigeordneten Sachverständigen entstehen:
 - a) Gehalt und Zulagen, die nach dem Arbeitsvertrag dem Beigeordneten Sachverständigen zu zahlen sind;
 - b) Reisen und damit zusammenhängende Ausgaben zum und vom Einsatzort für den Beigeordneten Sachverständigen und Angehörige, die nach den Verwaltungsbestimmungen der WMO als solche gelten;
 - c) Krankenversicherung sowie Lebens- oder Unfallversicherung;
 - d) Reisekosten und Tagegelder für Aufträge im Außendienst, die der Beigeordnete Sachverständige im Verlauf seines Einsatzes bei der WMO ausführt, vorausgesetzt, daß die Geberregierung vorher zugestimmt hat;
 - e) Ansprüche im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus dem Dienst der WMO, gegebenenfalls einschließlich der Auszahlung von aufgelaufenem Urlaub.
7. Die WMO entnimmt dem oben genannten Konto einen Betrag in Höhe von 12% der in Absatz 6 genannten Ausgaben (Buchstaben a) bis e) einschließlich) und behält ihn als Vergütung für ihre Verwaltungskosten ein.
8. Die Lastschrift für alle Zahlungen aus dem Konto erfolgt gegebenenfalls zu den technischen Wechselkursen, die im Zeitpunkt der Zahlung von der WMO benutzt werden.
9. Die WMO legt in einem Berufungsschreiben die Arbeitsbedingungen jedes Beigeordneten Sachverständigen in allen Einzelheiten dar.
10. Dieses Abkommen kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der WMO geändert werden.
11. Dieses Abkommen gilt auch für Berlin (West), sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der WMO innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.
12. Dieses Abkommen bleibt in Kraft, bis es von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder von der WMO unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Genf am 8. Mai 1984 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Hans Arnold
Botschafter
Ständiger Vertreter

Für die Weltorganisation für Meteorologie (WMO)
G. O. P. Obasi
Generalsekretär

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte
und des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
Vom 2. Juli 1984**

I.

1. Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) ist nach seinem Artikel 49 Abs. 2,
2. der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569) nach seinem Artikel 27 Abs. 2

für

Kongo

am 5. Januar 1984

in Kraft getreten.

Bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde hat Kongo die nachstehenden Vorbehalte gemacht:

(Übersetzung)

«... Le Gouvernement de la République Populaire du Congo déclare qu'il ne se sent pas lié par les dispositions des paragraphes 3 et 4 de l'article 13 du Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels, ainsi que par celles de l'article 11 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques.

Les paragraphes 3 et 4 de l'article 13 du Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels consacrent le principe de la liberté de l'enseignement en laissant les parents libres de choisir pour leurs enfants des établissements autres que ceux des pouvoirs publics et autorisent des particuliers à créer et à diriger les établissements d'enseignement.

De telles dispositions violent dans notre Pays le principe de la nationalisation de l'enseignement et le monopole donné à l'Etat dans ce domaine.

Par ailleurs, l'article 11 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques diverge sensiblement avec les articles 386 et suivants du Code congolais de procédure civile, commerciale, administrative et financière, résultant de la Loi 51/83 du 21 avril 1983 aux termes desquels, en matière de droit privé, l'exécution des décisions ou des procès-verbaux de conciliation peut être poursuivie par la voie de la contrainte par corps lorsque les autres voies d'exécution ont été utilisées en vain, que le montant en principal de la condamnation excède 20.000 francs CFA et que le débiteur, âgé de plus de 18 ans et moins de 60 ans, s'est rendu insolvable par mauvaise foi.»

... Die Regierung der Volksrepublik Kongo erklärt, daß sie sich durch Artikel 13 Absätze 3 und 4 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie durch Artikel 11 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte nicht gebunden fühlt.

Durch Artikel 13 Absätze 3 und 4 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wird der Grundsatz der Bildungsfreiheit bestätigt, indem es den Eltern freigestellt wird, für ihre Kinder andere als öffentliche Schulen zu wählen, und werden Privatpersonen ermächtigt, Bildungseinrichtungen zu schaffen und zu leiten.

Derartige Bestimmungen verletzen in unserem Land den Grundsatz der Verstaatlichung des Bildungswesens und das Monopol des Staates in diesem Bereich.

Ferner steht Artikel 11 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte in deutlichem Gegensatz zu den Artikeln 386 ff. der Kongolesischen Zivil-, Handels-, Verwaltungs- und Finanzprozeßordnung aufgrund des Gesetzes 51/83 vom 21. April 1983, nach denen in privatrechtlichen Sachen die Vollstreckung von Entscheidungen oder Prozeßvergleichen durch Schuldhaft betrieben werden kann, wenn die anderen Vollstreckungsweisen vergeblich geblieben sind, der in dem Urteil zuerkannte Hauptanspruch 20.000,- Francs CFA überschreitet und der Schuldner, soweit er älter als 18 und jünger als 60 Jahre ist, sich in unredlicher Weise zahlungsunfähig gemacht hat."

II.

Peru hat am 9. April 1984 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen folgende Erklärung nach Artikel 41 des Internationalen Pakts vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) abgegeben:

(Traduction)

«... Le Pérou reconnaît la compétence du Comité des droits de l'homme pour recevoir et examiner des communications dans lesquelles un Etat partie prétend qu'un autre Etat partie ne s'acquitte pas de ses obligations au titre du Pacte international relatif aux droits civils et politiques, conformément à l'article 41 dudit Pacte.»

(Übersetzung)

„... Nach Artikel 41 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte erkennt Peru die Zuständigkeit des Ausschusses für Menschenrechte zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen an, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen aus dem genannten Pakt nicht nach.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 20. November 1979 (BGBl. II S. 1218), vom 7. Mai 1984 (BGBl. II S. 525) und vom 8. Mai 1984 (BGBl. II S. 528).

Bonn, den 2. Juli 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen
Vom 3. Juli 1984**

Das I. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,
das II. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See,
das III. Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen
und
das IV. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten,
sämtlich vom 12. August 1949 (BGBl. 1954 II S. 781, 783, 813, 838, 917),
werden für

Kap Verde am 11. November 1984
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Mai 1983 (BGBl. II S. 350).

Bonn, den 3. Juli 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche**

Vom 3. Juli 1984

Das Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. 1961 II S. 121) ist nach seinem Artikel XII Abs. 2 für

Guatemala
in Kraft getreten.

am 19. Juni 1984

Guatemala hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde die nachstehende Erklärung abgegeben:

(Traduction)

(Übersetzung)

«Sur la base de la réciprocité, la République du Guatemala appliquera ladite Convention à la reconnaissance et à l'exécution des seules sentences arbitrales rendues sur le territoire d'un autre Etat contractant; et elle l'appliquera uniquement aux différends issus de rapports de droit, contractuels ou non contractuels, qui sont considérés comme commerciaux par sa loi nationale.»

„Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit wird die Republik Guatemala das genannte Übereinkommen nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden, die in dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats ergangen sind, und sie wird es nur auf Streitigkeiten aus solchen Rechtsverhältnissen, sei es vertraglicher oder nichtvertraglicher Art, anwenden, die nach ihrem innerstaatlichen Recht als Handelssachen angesehen werden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. Februar 1984 (BGBl. II S. 191).

Bonn, den 3. Juli 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe
in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung**

Vom 4. Juli 1984

I.

Das Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 2; 1984 II S. 230) ist nach Artikel V des Protokolls für

Belgien

am 6. Juni 1984

in Kraft getreten.

Belgien hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgende Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

«Me référant à la Convention internationale de 1973 pour la prévention de la pollution par les navires et Annexes, faites à Londres le 2 novembre 1973, je déclare par la présente que la Belgique n'accepte pas encore les Annexes III, IV, et V de cette convention.

„Unter Bezugnahme auf das am 2. November 1973 in London beschlossene Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe nebst Anlagen erkläre ich hiermit, daß Belgien die Anlagen III, IV und V dieses Übereinkommens noch nicht annimmt.

Cette déclaration est faite conformément aux dispositions de l'article 14.1 de la Convention.

Diese Erklärung erfolgt nach Artikel 14 Absatz 1 des Übereinkommens.

D'autre part, je déclare que les dispositions de l'Annexe I seront appliquées conformément aux recommandations formulées dans les circulaires diffusées par le Comité de la protection du milieu marin de l'Organisation maritime internationale, sous les cotes MEPC/Circ. 97 et MEPC/Circ. 99.»

Ich erkläre ferner, daß die Bestimmungen der Anlage I nach Maßgabe der Empfehlungen angewandt werden, die in den vom Ausschuß für den Schutz der Meeresumwelt der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation unter den Nummern MEPC/Circ. 97 und MEPC/Circ. 99 herausgegebenen Rundschreiben enthalten sind.“

II.

Unter Bezugnahme auf die von Frankreich abgegebene Erklärung zu Regel 10 Absatz 2 der Anlage I zum Übereinkommen (vgl. Bekanntmachung vom 19. September 1983/BGBl. II S. 632) hat Italien mit Note vom 30. Januar 1984 dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation folgendes notifiziert:

(Übersetzung)

„... the Italian Government objects to the reservation on the part of France as specified in document PMP/Circ. 15 of the 13th August, 1982.

... die italienische Regierung erhebt Einspruch gegen den Vorbehalt Frankreichs, der in Dokument PMP/Circ. 15 vom 13. August 1982 enthalten ist.

Said reservation is contrary to the spirit and the letter of Rule 10, Annex I, of the above mentioned Convention in relation to paragraph 2 as well as paragraph 7 which makes the construction of collecting devices in the categories of ports specified in the document compulsory. Moreover the French reservation sets up a facultative trend where binding provisions exist, as per Annex I of the MARPOL

Der betreffende Vorbehalt verstößt gegen Geist und Buchstaben der Regel 10 der Anlage I zu dem genannten Übereinkommen in bezug auf Absatz 2 sowie auf Absatz 7, der den Bau von Auffanganlagen in den in dem Dokument aufgeführten Kategorien von Häfen obligatorisch macht. Außerdem leitet der französische Vorbehalt eine fakultative Entwicklung ein, wo verbindliche Vorschriften

Convention 1973/78, and would appear to be incompatible with the Italian legislation on the subject which lays down very restrictive principles."

bestehen, wie bei Anlage I des MARPOL-Übereinkommens 1973/78; er dürfte mit den italienischen Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet, die sehr einschränkende Grundsätze enthalten, unvereinbar sein."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 19. September 1983 (BGBl. II S. 632), vom 4. November 1983 (BGBl. II S. 727) und vom 7. März 1984 (BGBl. II S. 238).

Bonn, den 4. Juli 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention
über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes**

Vom 5. Juli 1984

Die Konvention vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (BGBl. 1954 II S. 729) wird nach ihrem Artikel XIII Abs. 3 für die

Malediven

am 23. Juli 1984

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Mai 1984 (BGBl. II S. 550).

Bonn, den 5. Juli 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen
Vom 5. Juli 1984**

Das Internationale Übereinkommen vom 29. November 1969 über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen (BGBl. 1975 II S. 137) ist nach seinem Artikel XI Abs. 2 für

Australien

am 5. Februar 1984

in Kraft getreten.

Australien hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde die nachstehende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Australia recalls the statement made by the Australian Delegation to the International Conference on Marine Pollution, 1973 which was in the following terms:

‘... Australia believes that no coastal State would refrain from taking whatever action was necessary to protect areas under its jurisdiction from serious environmental damage and it believes that this right of a coastal State to intervene on the high seas to protect areas under its jurisdiction is recognised under customary international law’.

In becoming a party to the Convention, Australia declares that it believes that it may still take action to protect areas and resources under its jurisdiction which is permitted under customary international law and which is consistent with the Convention.”

„Australien erinnert an die Erklärung der australischen Delegation auf der Internationalen Konferenz von 1973 über Meeresverschmutzung, die wie folgt lautete:

‘... Australien vertritt die Auffassung, daß kein Küstenstaat es unterlassen würde, alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Gebieten unter seiner Hoheitsgewalt vor ernsthaften Umweltschäden zu ergreifen, sowie die Auffassung, daß dieses Recht eines Küstenstaats, zum Schutz von Gebieten unter seiner Hoheitsgewalt auf der Hohen See tätig zu werden, nach dem Völkergewohnheitsrecht anerkannt ist.’

Zu dem Zeitpunkt, zu dem Australien Vertragspartei des Übereinkommens wird, erklärt es, daß es nach seiner Auffassung weiterhin Maßnahmen zum Schutz von Gebieten und Naturschätzen unter seiner Hoheitsgewalt treffen kann, die nach dem Völkergewohnheitsrecht zulässig sind und mit dem Übereinkommen in Einklang stehen.”

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. März 1984 (BGBl. II S. 253).

Bonn, den 5. Juli 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreise: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,05 DM (4,95 DM zuzüglich 1,10 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,85 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1984 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-französischen Abkommens
über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein
zwischen Sasbach und Marckolsheim**

Vom 6. Juli 1984

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. März 1984 zu dem Abkommen vom 6. Dezember 1982 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Straßenbrücke über den Rhein zwischen Sasbach und Marckolsheim (BGBl. 1984 II S. 197) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2

am 1. August 1984

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind am 15. Juni 1984 in Paris ausgetauscht worden.

Bonn, den 6. Juli 1984

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele